

Kommunalwahlprogramm 2016 der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

(Beschlossene Version, Stand: 22.04.16)

5

Inhaltsverzeichnis

Präambel, Einleitung

Bürger*innenmitwirkung und -beteiligung

10 **Haushalts- und Finanzpolitik**

Woher bekommen die Gemeinden ihr Geld?

Anteil an den hohen Sparkassengewinnen

Die Stadt muss einen jährlichen Gesamt- oder Konzernabschluss vorlegen

Die EAM-Beteiligung – Rekommunalisierung und Realität

15

Sozialpolitik

Hartz IV: Ursache für viele Missstände

Kinder- und Jugendpolitik

Prävention ist immer besser als Eingriffshandeln

20 **Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft sichern**

Mit- und Selbstbestimmung

Politik für ältere Menschen

Wohnen – als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

25 **Gesundheit ist keine Ware - Krankenhäuser in öffentliche Hand**

Drogenkonsum entkriminalisieren – Für einen offenen Umgang mit der Drogenproblematik

Geschlechtergerechtigkeit geht alle an!

30 **Schluss mit Gewalt gegen Frauen!**

Keine Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen oder queeren Menschen! (LGBTQI)

Verbraucherbildung – Schutz vor blindem Konsum und Abzocke

35 **Stadt- und Regionalplanung**

Verkehrsentwicklung und ÖPNV – Mobilität für alle!

Landwirtschaft ohne Gentechnik, umweltschonend und sozialverträglich

Konsequenter Naturschutz mit LINKS

40 **Bildungspolitik in der Kommune**

Inklusion – Integration für alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt, im Kreis und seinen Gemeinden.

Göttingen, die Universität und die Studierenden

45 **Kultur für Alle!**

Antifaschismus: Keinen Fußbreit den Faschisten und Rassisten!

Die AFD und andere rassistische Parteien

Frieden und Internationale Solidarität

Kommunale Flüchtlings- und Migrationspolitik

50 **Unsere Kandidat*innen**

{Fußnote Seite 1 oder 2}:

Dies ist das Wahlprogramm der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und der Partei DIE LINKE im Kreisverband Göttingen/Osterode.

55 **Liebe Wählerinnen und Wähler in Kreis und Stadt Göttingen!**

Die Wähler*innengemeinschaft **Göttinger Linke** tritt auch diesmal für die Rats- und Ortsratswahlen im Stadtgebiet Göttingen an. Auf der Liste der Göttinger Linke kandidieren neben Mitgliedern der Partei DIE LINKE, der DKP und der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) auch eine erhebliche Anzahl von Parteilosen.

60 Für die Kreistagswahl und für die Stadt- und Gemeinderäte in Hann. Münden, Dransfeld, Rosdorf, Bad Grund, Hattorf, Herzberg und Walkenried stellt sich die Partei DIE LINKE zur Wahl.

Mit diesem gemeinsamen Wahlprogramm möchten wir Sie mit unseren

65 kommunalpolitischen Schwerpunkten, Aussagen und Forderungen vertraut machen

Gegen die Kürzungspolitik – für eine ökologisch-soziale Kommunalpolitik

Wir fühlen uns den Interessen der Normalverdienenden, aber auch denen der Geringverdiener*innen, der Menschen mit Minirenten und der Hartz-IV-Empfänger*innen verpflichtet. Alleine die Interessen der oberen 10 Prozent und vor

70 allem der Superreichen zu vertreten, wie es in den letzten Jahren geschehen ist – das überlassen wir den anderen Parteien und halten dagegen.

Seit vielen Jahren engagieren sich linke Kommunalpolitiker*innen gegen

75 Mittelkürzungen in den Kommunen, auch in Göttingen. Hier konnten Sie unsere öffentliche Kampagne gegen den vermeintlichen „Zukunftsvertrag“ auch in der örtlichen Presse verfolgen. Immerhin gelang es uns eine öffentliche Skandalisierung dieses Täuschungsmanövers auf den Weg zu bringen. Dabei waren wir Bestandteil eines Bündnisses mit vielen sozialen Einrichtungen, Verbänden und Initiativen. Wir

80 konnten die Mehrheitsparteien zwingen, Farbe zu bekennen. Sie trugen die Schuldenbremse, die allgemeine Spar- und Kürzungspolitik und die Steuergeschenke für die Reichen in Bund und Ländern letztlich mit. Und nun bejammern sie vor Ort in den Gemeinden, dass zu wenig Geld zur Verfügung steht.

Die Folgen der Politik der bisherigen Regierungsparteien für Reiche und ihre Banken und Versicherungen können Sie überall „mit Händen greifen“: Was beschönigend von den Kommunalverbänden als „Investitions-Stau“ bezeichnet wird, bedeutet in

85 Wahrheit, dass die kommunale Infrastruktur „auf Verschleiß gefahren“ wird. Für jeden sichtbar wird dies z.B. in den Schlaglöchern auf vielen Straßen und dem Verfall von etlichen öffentlichen Gebäuden. Es zeigt sich beim Fehlen von Personal, bei dessen

90 Überlastung durch Überstunden und schlechte Bezahlung sowie dem Zurückschneiden notwendiger Dienstleistungen. Das betrifft die Krankenhäuser, und es trifft ebenso für die unverzichtbaren Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen, aber auch Berufsschulen und Hochschulen zu. Auch viele freiwillige, teils

95 unverzichtbare Initiativen und ebenso manche kulturelle Aktivität werden auf dem Altar der Schwarzen Null geopfert.

Die mangelhaften und ausgedünnten Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs sind nicht der örtlichen Kurzsichtigkeit der dafür verantwortlichen Politiker

100 geschuldet. Der Grund ist ihre Unterwerfung unter die Praxis und Programme der Mutterparteien in Bund und Ländern. Wer durch seine Entscheidungen im Bundestag kein Geld von den Reichen und Superreichen holen will, kann es auch nicht in der Kommune für die notwendigen Aufgaben ausgeben.

105 **Schluss mit dem Ausverkauf der Kommunen!**

110 Zum kurzfristigen Stopfen der Löcher im Kommunalhaushalt werden immer wieder kommunale Grundstücke, Gebäude und weiteres „Tafelsilber“ an private Profitmacher zu Schleuderpreisen verscherbelt oder kommunale Steuern, Gebühren und Eintrittspreise erhöht. Das finden wir nicht richtig. Gerade in dieser Zeit, in der die Zinsen für Kredite nahe Null sind, wären alle nötigen Investitionen, zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau ohne große Zins- und Zukunftsbelastungen zu finanzieren. Real aber wird die Schuldenbremse eingehalten.

In der Kommune entscheidet sich, wie die Politik weiter geht

115 Gearbeitet wird in der Kommune, diskutiert und organisiert und auch gestreikt wird in der Kommune! Wer seine Lebensverhältnisse verbessern will, der darf nicht erst auf die nächste Bundestagswahl warten, sondern hier, wo gelebt und gearbeitet wird, da entscheidet sich, wie dann die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse gestaltet werden.

120 Wer damit unzufrieden ist, dass angeblich kein Geld für kommunale Aufgaben da ist, der muss schon bei der Kommunalwahl das Signal geben, dass er mit der Politik der regierenden Parteien nicht einverstanden ist. Die AfD will übrigens dieselbe Spar- und Kürzungspolitik sogar noch brutaler durchsetzen.

Wählen gehen, damit die Mehrheit entscheidet!

125 Leider haben gerade auch viele Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, als Arbeitslose, oder als arme Rentner*innen schon aufgegeben und gehen nicht mehr zur Wahl. Sie glauben nicht mehr daran, dass sie mit ihrer Stimme etwas verändern können. Das ist nachvollziehbar und verständlich. Aber genau auf diese ohnmächtige Sichtweise setzen die politisch herrschenden Kreise. Die Besserverdienenden und Reichen werden wie eh und je zur Wahl gehen, um ihre Interessen mit Hilfe der anderen Parteien weiter zu verteidigen und durchzusetzen. Ihnen nützen die Wahlverweigerer*innen, damit sie selbst als gesellschaftliche Minderheit über die Mehrheit hinweggehen können.

135 Wir wollen in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Flüchtlingsorganisationen, Frauen-, Friedens-, Antifa- und Umweltgruppen für eine menschliche und gerechte Politik vor Ort sorgen. Allen muss die gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von "der Größe des Portemonnaies", dem sozialen Status und der Herkunft ermöglicht werden.

140 Als Linke wollen wir Öffentlichkeit schaffen, wo andere allzu oft hinter den Kulissen ihre Fäden ziehen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Rechte und der Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner ein. "Barrierefreie" Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürger*innen ist unser Ziel.

145 Wir bitten Sie, prüfen Sie unsere Aussagen und Vorschläge. Fragen Sie uns, schreiben Sie uns, geben Sie uns Anregungen und kritisieren Sie uns. Helfen Sie uns dabei, dass wir möglichst starke Vertretungen im Kreistag und in den Stadt- und Gemeinderäten erhalten.

150 Geben Sie sich und uns die Chance zu zeigen, dass auch in den Kommunen eine andere Politik möglich ist. Wir brauchen Ihre Stimme für unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl am 11. September.

155 **Göttinger Linke und DIE LINKE – für die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger!**

Bürger*innenmitwirkung und -beteiligung

160 *Bürger*innenmitwirkung und -beteiligung stellt für die Göttinger Linke eine wichtige und notwendige Voraussetzung für eine offene, lebendige und bürgerfreundliche Stadt dar.*

165 Im Rahmen unserer Möglichkeiten haben wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE uns auch bisher schon für die Anliegen von Bürgerinitiativen, außerparlamentarischen Gruppen, aber auch einzelner Bürger*innen eingesetzt. Voraussetzung war und ist dabei allerdings immer, dass wir hinter den Anregungen und Anliegen selbst stehen können. Wenn gewünscht, haben wir Vorstellungen, Forderungen und Kritik außerparlamentarisch aktiver Gruppen im Rat und seinen Ausschüssen zur Sprache gebracht. Wir sind Einladungen gefolgt
170 und haben von uns aus das Gespräch gesucht. Beispielhaft gilt dies für die Bürgerinitiativen Göttinger Süden, LeineBürger, Königsallee, Nonnenstieg, IWF, Kulturverbund, Kein Golfplatz. Wir haben mit dem Verein Stadt und Planung zusammengearbeitet, haben Anliegen des Anti-Atombündnisses, des AK-Asyl, der Antifa und weiterer engagierter außerparlamentarischer Gruppen unterstützt. Dabei
175 greifen wir nicht nur deren Anliegen auf, sondern die Kompetenz und das angesammelte Sachwissen dieser Initiativen und Gruppen trug oft wesentlich durch den gesamten Prozess. Die Informationen aus diesen Gruppen haben uns teilweise erst in die Lage versetzt, Sachverhalte, Planungen, kommunale Vorhaben sach- und fachgerecht beurteilen zu können und haben uns damit in unserer eigenen
180 Entscheidungsfindung maßgeblich geholfen.

Wir sind uns bewusst, dass Bürgerinitiativen und außerparlamentarische Gruppen an erster Stelle ihren Zielen und ihrem Anliegen verpflichtet sind. Wir wissen auch, dass sie häufiger nicht gerade positive Erfahrungen mit Parteien haben. Deshalb ist es
185 unser Ziel, diese Initiativen nicht für uns zu vereinnahmen, sondern wir wollen für sie ein offenes Ohr haben und bringen nur dann, wenn sie es wünschen ihre Interessen im Rat und Kreistag ein.

Über die konkreten Anlässe und Anliegen vor Ort hinaus setzen wir uns auch
190 landesweit dafür ein, dass die immer noch sehr hohen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gesenkt werden. Die Verpflichtung, im Falle eines kostenwirksamen Begehrens einen Kostendeckungsvorschlag mitzuliefern stellt in vielen Fällen eine Überforderung dar. So kommt es leider immer noch sehr häufig dazu, dass nicht über die Inhalte eines Begehrens debattiert wird, sondern
195 Verfahrensfehler herausgesucht werden und in den Vordergrund treten. Stadt und Kreistag Göttingen haben in der Vergangenheit leider immer wieder auch die Kompetenz und das Wissen engagierter Bürger*innen beiseite geschoben und ignoriert. Bei etwas mehr Bürgernähe, Offenheit und Transparenz hätte die eine oder andere Fehlentscheidung durchaus vermieden werden können. Bürgermitwirkung
200 darf nicht vorrangig „als Sand im Getriebe“ von politischem und Verwaltungshandeln gesehen werden, sondern muss als Chance für die Entwicklung und Umsetzung eines lebendigen Miteinanders und der Nutzung vielfältiger Kompetenzen gesehen werden. Bürgerbeteiligung ist eine hilfreiche Unterstützung! Wir wollen diese Erkenntnis weiter ausbauen und unseren Beitrag dazu leisten, dass die
205 Kommunalpolitik in unserer Region davon profitieren kann.

Ein besonderes Beispiel für Entscheidungen ohne eine Bürgerbeteiligung ist die von

210 uns abgelehnte Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode, deren Hauptziel der
Abbau von Verwaltungskosten, also Stellen ist. Gerade im bisherigen Kreis Osterode
fühlen sich viele Menschen abgehängt. Für ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker
und kommunalpolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger wird eine Kontrolle der
Verwaltung deutlich erschwert.

215 Bürgerhaushalte, bei denen einzelne Haushaltsposten von Bürger*innen verteilt
werden dürfen, können ein positives Element der Bürgerbeteiligung sein, wenn sie
nicht zur Rechtfertigung eines Sparhaushalts missbraucht werden. Möglichst viele
Menschen können so selbst prüfen, ob die Kommune genügend Geld zur Verfügung
hat. So können kritische Parteien gemeinsam mit den Bürger*innen den Protest
220 gegen die herrschende Spar-Politik zu den Verantwortlichen in Bund und Land
zurück tragen, damit sich grundsätzlich etwas ändert.

Wir fordern:

- 225 • Das Quorum für ein Bürgerbegehren soll je nach Gemeindegröße zwischen 3 und
10% liegen wie es beispielsweise die Initiative „Mehr Demokratie“ fordert. Auch
die Planfeststellungs- und Bauleitverfahren müssen als Themen von kommunalen
Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zulässig sein. Die Anforderung des
Kostendeckungsvorschlags stellt eine enorme, und nachweislich unnötige Hürde
dar. Diese ist zu streichen.
- 230 • Generell erwarten wir frühzeitige und umfassende Informationen der betroffenen
Bürger*innen vor allem bei Planungsentscheidungen.

Haushalts- und Finanzpolitik

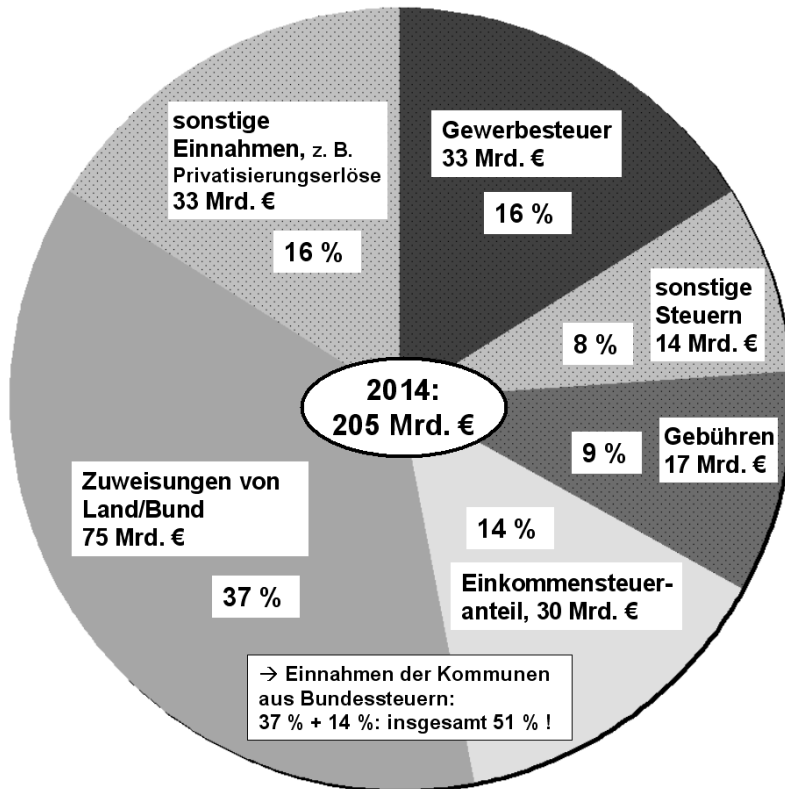
235 *Statt hoher Eintrittspreise ins Schwimmbad, Buspreise, Parkgebühren und
Grundsteuern sollen die Reichen und Superreichen endlich Steuern zahlen! Die
gesellschaftliche Mitte wurde schon lange zu sehr zur Kasse gebeten.*

240 Wir lehnen den Versuch ab, die Haushalte der Kommunen hauptsächlich durch
Regulierung der eigenen Ausgaben und Einnahmen zu heilen. Steigende Gebühren,
Eintrittspreise, Abgaben und der Anteil kommunaler Steuern belasten besonders
Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Dennoch können sie nicht zu
einer Haushaltskonsolidierung führen. Möglichkeiten zu einer angemessenen
245 Besteuerung von Vermögenden und großen Unternehmen bestehen hauptsächlich
auf Bundesebene. Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte haben aber
gerade die Steuern für große Vermögen, für Spitzenverdiener und riesige
Erbenschaften deutlich gesenkt. Einige Beispiele: Die Steuer der großen Konzerne, die
Körperschaftssteuer wurde seit 1989 von 56 auf 15 Prozent gesenkt. Der
Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer von 56 auf 42 Prozent. Kapitalerträge
250 pauschal mit 25 Prozent besteuert statt wie früher einkommensabhängig bis zum
Spitzensatz von 56 Prozent. Diese Steuersenkungen kommen nur Reichen und
Superreichen zugute und müssen zurück genommen werden. Damit kann auch die
Situation der Kommunen verbessert werden.

255 Im Rahmen eines wirklich neuen Steuerkonzeptes fordert die
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE, dass
Geringverdiener*innen endlich entlastet werden. Der Grundfreibetrag der Lohn- und
Einkommenssteuer muss erkennbar von bisher 8.652 auf 13.500 Euro angehoben

260 werden. Um dies zu verdeutlichen: Bisher zahlen Alleinstehende schon ab einem
 Bruttoeinkommen von monatlich 950 Euro Lohnsteuern. Dies allein kann für etliche
 bedeuten, dass sie in die Hartz-IV-Abhängigkeit rutschen. Deshalb kann eine
 gerechtere Steuerpolitik im Interesse aller in den Städten und Gemeinden lebenden
 Menschen nur heißen: Die starken Schultern müssen endlich wieder mehr tragen,
 damit die schwächeren Schultern eine erkennbare Entlastung erhalten.

265 **Woher bekommen die Gemeinden ihr Geld?**



270 Die Statistik zeigt: Der Löwenanteil der kommunalen Finanzen kommt aus dem Bund
 und muss aufgestockt werden. Er muss durch Steuern gedeckt werden, die vor allem
 für die höchsten Einkommen, Gewinne und Vermögen drastisch anzuheben sind.
 Quelle: Bundesministerium für Finanzen 2015

275 Städte und Gemeinden sind deutlich unterfinanziert. Dies trifft auch für die Stadt
 Göttingen und den Landkreis zu. Dadurch wird die eigentlich grundgesetzlich
 zugesicherte kommunale Selbstverwaltung deutlich eingeschränkt. Für Göttingen
 kommt seit der Ratsperiode 2011 erschwerend hinzu, dass der von der Ratsmehrheit
 mit dem Land geschlossene sogenannte Zukunftsvertrag die
 Entscheidungsspielräume zusätzlich drastisch einschränkt. Dabei ist völlig offen, ob
 das Entschuldungshilfeprogramm EHP die erwünschte Entlastung im städtischen
 280 Haushalt erbracht hat und was nach 2021 passiert.

285 Die sogenannten freiwilligen Leistungen, die vorrangig das kulturelle und soziale
 Leben über die rein vertraglich geregelten Leistungen und Pflichtaufgaben in unserer
 Stadt gestalten sollen, wurden auf 3,26 Prozent der Ausgaben gedeckelt. Das
 bedeutete für viele engagierte Initiativen, Vereine und Selbsthilfegruppen eine reale
 Reduzierung der ohnehin schon geringen Zuschüsse und brachte einige an ihre
 Existenzgrenze. Mangelverwaltung nennt man das, was mittlerweile die Ratspolitik in
 Göttingen kennzeichnet. Es wird nicht mehr nach Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit
 entschieden, sondern es geht hauptsächlich darum, wem schon jetzt etwas gekürzt

290 werden muss, wie hoch die Kürzung sein muss und wer noch davon verschont bleibt.

Für den kommenden Großlandkreis Göttingen/Osterode lässt die Zukunft in finanzieller Hinsicht ebenfalls eine weitere Verengung der finanziellen Spielräume erwarten. Und dies alles geschieht, obwohl die Einnahmen der meisten Kommunen in den letzten drei Jahren aufgrund deutlich höherer Gewerbesteuererinnahmen, 295 Gebührensteigerungen und gestiegenen Lohnsteueraufkommens gewachsen sind. Ob dies in den nächsten Jahren so bleiben wird, lässt sich heute noch nicht absehen. Bei Einnahmeausfällen oder -reduzierungen könnte die Lage dramatisch werden. Allein die Tatsache, dass noch längst nicht der reale finanzielle Bedarf für die 300 Unterbringung, Versorgung und die noch vor uns liegende Integration der geflohenen Menschen Kreis und Stadt erstattet werden, reißt große Löcher in die Haushalte von Stadt und Landkreis. Der immer stärker werdende Investitionsstau bei dringend erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung und Sanierung von baulicher und verkehrstechnischer Infrastruktur wird uns noch teuer zu stehen kommen. Je länger 305 man die teilweise maroden Straßen, Radwege, Ver- und Entsorgungsleitungen und Schulen z.B. weiterhin verkommen lässt, umso teurer wird ihre spätere Instandsetzung oder Erneuerung.

Wir lehnen es strikt ab, dass weitere städtische Grundstücke und Gebäude verkauft 310 werden, um kurzfristige Einnahmen zu erzielen. Die Politik „des Verscherbelns des letzten Tafelsilbers“ schadet uns mehr, als sie uns nützt. Nicht nur, dass wir uns eigener Planungs- und Nutzungsmöglichkeiten berauben. Die Stadt muss – wie sich gerade in letzter Zeit gezeigt hat – häufig schon kurze Zeit nach dem Verkauf für 315 notwendige Aufgaben wie z.B. die Flüchtlingsunterbringung teure Anmietungen vornehmen, die mittelfristig bei Weitem das überschreiten, was man durch den kurzfristigen Verkauf eingenommen hat.

Da an der Gebührenschaube nicht mehr gedreht werden kann (da liegt Göttingen in etlichen Bereichen schon im oberen Drittel der Gebietskörperschaften), und auch die 320 eigenen Steuereinnahmen kaum mehr erhöht werden können, muss es endlich eine konzertierte Aktion aller Städte und Gemeinden geben, dass der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen deutlich erhöht wird und in etwa wieder das Niveau von 18 Prozent aus den 1980-er Jahren erreicht. Es muss endlich 325 Schluss damit sein, dass in Berlin und Hannover kostenwirksame Gesetze zu Lasten der Kommunen beschlossen werden. Das bisherige allgemeine Jammern und Lamentieren über die schwierige Situation der Kommunen durch die Kommunalpolitiker*innen der Rats- und Kreistagsparteien muss durch klare Forderungen und gemeinsamen Druck auf die örtlichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten ersetzt werden, um dort, wo die Menschen leben und 330 wohnen, vernünftige, sozial gerechte und akzeptable Bedingungen zu schaffen.

Mit jeder Flickschusterei und scharfen Sparmaßnahme in der Kommune wird das Signal an den Bund gesendet, dass es doch so weiter gehen könnte wie bisher, dass nämlich die Steuern für die großen Konzerne, für die Reichen und Superreichen so 335 niedrig bleiben dürften, wie sie sind.

Anteil an den hohen Sparkassengewinnen

Die Sparkasse Göttingen muss endlich auch einen Beitrag zu den Haushalten von Stadt und Landkreis leisten. Bereits 2012 in der Auseinandersetzung um den 340 knebelnden „Zukunftsvertrag“ hatte die Göttinger Linke die Forderung aufgestellt, dass – wie anderswo – aus den hohen Gewinnen der Sparkasse endlich

Ausschüttungen an die Stadt und den Kreis erfolgen. Die Ratsmehrheit und der Verwaltungsrat der Sparkasse weisen das bis heute scharf zurück.

Die Sparkasse als mit Abstand quasi größtes und wichtigstes kommunales Unternehmen hat sich seit dem Krisenbeginn 2008 stark entwickelt. Die Gewinne der letzten Jahre sind auf Rekordniveau: In 2014 und 2015 verbuchte die Sparkasse kaum vorstellbare 27 Millionen Euro als Betriebsergebnis vor Steuer und Kapitalzuführung. Von uns durchgeführte Vergleiche mit größtmäßig ähnlichen Sparkassen belegen, dass an anderen Orten durchaus Gewinnausschüttungen von Sparkassen erfolgen und zwar in den letzten Jahren mit steigender Tendenz. Die Ausschüttungspraxis gilt dabei ebenso in CDU geführten Gemeinden wie auch unter SPD-Bürgermeister*innen.

Wir fordern deshalb:

- regelmäßige jährliche Ausschüttungen der Sparkasse an Stadt und Kreis beginnend mit je 2 Millionen Euro
- Aufforderung an den Sparkassenvorstand, eine mittelfristige Entwicklungsplanung vorzulegen, aus der die Zielsetzungen für die nächsten fünf Jahre hervorgehen, unter Berücksichtigung der geforderten Ausschüttungen
- Überprüfung der Ergebnisse der Sparkasse durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer im Hinblick auf bestehende Risiken und Ausschüttungsfähigkeit

Die Stadt muss einen jährlichen Gesamt- oder Konzernabschluss vorlegen

Wo wird überhaupt darüber beraten, wie teuer Busfahrkarten sein sollen oder wie hoch die Eintrittspreise im Spaßbad sind? In nicht öffentlichen Aufsichtsratssitzungen, von denen nichts nach draußen dringen darf.

Auf der Internetseite der Stadt Göttingen findet man, dass 2014 insgesamt 3.966 Hunde in der Stadt Göttingen gemeldet waren, für die insgesamt 487.600 Euro Hundesteuer entrichtet wurden. So weit so gut, aber die wichtigste erforderliche Unterlage haben wir bis zur Erstellung dieses Wahlprogramms nicht gefunden: Den Gesamt- und Konzernabschluss. Die niedersächsische Kommunalverfassung verpflichtet alle Kommunen bereits seit 2012 dazu, einen Gesamtabschluss aufzustellen. Dieser soll ausdrücklich einen Gesamtüberblick über die vollständige Finanzlage der Kommune ermöglichen. Dies muss man vor dem Hintergrund sehen, dass durch die sogenannten Auslagerungen in den letzten drei Jahrzehnten (z.B. Göttinger Sport- und Freizeit GmbH (GöSF), Göttinger Wirtschaftsgesellschaft (GWG), Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB), Stadtwerke, EAM etc.) städtische Tochterfirmen entstanden sind, deren Zahlen im Haushaltsplan der Stadt Göttingen nicht auftauchen. Selbst das Niedersächsische Innenministerium sagt: „Gegenwärtig fehlt ein solcher Gesamtüberblick, auch weil teilweise viele kommunale Aufgaben von verselbständigten Aufgabenträgern wahrgenommen werden.“ Diese Gesellschaften entziehen sich der Mitwirkung des Rates, weil sie von Aufsichtsräten geführt werden, die hinter verschlossenen Türen tagen. Der Rat verwaltet nur noch Teile des städtischen Vermögens aber auch der Schulden und hat erheblich an Einfluss auf die Verwendung millionengroßer Anteile – vermutlich fast noch einmal so viel wie der öffentliche Haushalt – verloren.

Wir fordern daher:

- die jährliche Vorlage eines Gesamtabschlusses

- die ernsthafte Prüfung der Auflösung stadteigener Firmen und ihre Wiedereingliederung als Eigenbetriebe
- ersatzweise die Änderung der Gesellschaftsverträge der städtischen Firmen dahingehend, dass der Rat volle Informationsrechte und Weisungsbefugnisse gegenüber den städtischen Firmen erhält
- ein Zinsmoratorium (Zinsaufschub gegenüber privaten Banken) als Sofortentlastung für die öffentlichen Haushalte

400

Die EAM-Beteiligung – Rekommunalisierung und Realität

Stadt und Landkreis Göttingen sind aktuell mit zusammen 14,8% große Miteigentümer an der EAM/ EnergieNetz Mitte und waren maßgeblich an dem als Re-Kommunalisierung bezeichneten Rückkauf der EAM-Anteile aus dem E.ON-Konzern beteiligt. Wir haben 2013 dem Kauf in Rat und Kreistag zugestimmt. Der hohe Kaufpreis ist in voller Höhe durch Kredite finanziert, die über 20 Jahre aus den Gewinnen der EAM zurückgezahlt werden sollen.

Bemerkenswert ist, dass die E.ON vergleichbare Firmen nicht verkauft hat. Die bisherige Entwicklung der EAM lässt mittlerweile Zweifel an dem Nutzen des Kaufes wachsen. So schreibt die EAM in ihrem Geschäftsbericht 2014 selbst: *„Um den Kostensenkungsdruck zu kompensieren, implementierte die EAM-Gruppe auch im abgelaufenen Geschäftsjahr Organisations- sowie Prozessverbesserungen im Rahmen des Projektes „Lean Management“. Über zahlreiche - oft auch kleine - Kostensenkungsmaßnahmen plant die EAM dem Ergebnisdruck zu begegnen.“* Diese typisch gestelzte Sprache kennen wir. Übersetzt heißt das: Sparen bei Personal und Service!

Gleichzeitig sind die Netzentgelte im Stromnetz für einen durchschnittlichen Privathaushalt (4.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch) seit 2013 um 17% oder knapp 43 Euro gestiegen. Die möglicherweise überhöhte Kaufpreiszahlung an den E.ON-Konzern muss nunmehr von den Kunden im Netz zwangsweise abgetragen werden. Stadt und Landkreis bürgen in zweistelliger Millionenhöhe für die Kredite aus dem Anteilskauf an der EAM. Die Vorgänge sind komplex, die vorliegenden Zahlen nicht überzeugend und die strategischen Maßnahmen verwirrend. Der Nutzen für den Bürger in Göttingen und anderswo ist bisher nicht erkennbar. Angesichts dieser Faktenlage wollen wir unsere Zustimmung zur Übernahme der EAM-Anteile überprüfen.

Wir fordern deshalb:

- Einleitung eines umfassenden Überprüfungsprozesses der EAM-Beteiligung.
- Darlegung der jetzigen Fakten und des Geschäftsverlaufes im Vergleich zum Kaufzeitpunkt, sowie einer mittelfristigen Planung. Dabei auch Analyse von Chancen und Risiken durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer inklusive Beurteilung des Risikos des Ausfalles der Ausschüttung an die GöSF und den Landkreis, sowie des Extremfalles der Haftung von Stadt und Landkreis aus den Bürgschaften.
- Darlegung strategischer Ziele und Maßnahmen zur Erreichung eines Nutzens für die Bürger*innen in Stadt und Landkreis Göttingen durch die Re-Kommunalisierung, sowie einen Bericht über die Lage der Beschäftigten der EAM.

Sozialpolitik

445

Hartz IV übt übermäßigen staatlichen Druck auf Erwerbslose und Erwerbstätige aus. Die Sanktionen und der zu niedrige Hartz-IV-Satz sind geltendes Unrecht. Hartz IV muss weg!

450

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Während es von den Regierungsparteien als Großzügigkeit verkauft wird, dass die Hartz-IV-Regelsätze um kümmerliche fünf Euro auf 404 Euro in 2016 gesteigert werden sollen, vereinen die Superreichen einen immer größeren Teil des Gesamtvermögens in Deutschland auf sich. So verfügt das oberste Tausendstel (80.000 Menschen) über

455

22 Prozent des Gesamtvermögens (durchschnittlich 30 Mill. Euro), während die ärmere Hälfte der Menschen in Deutschland auf insgesamt 1,4 Prozent kommt.

Diese rund 40 Millionen Menschen haben durchschnittlich gerade einmal 3.000 Euro pro Person an Ersparnissen. Alters- und Kinderarmut trifft zunehmend größere Teile der Bevölkerung und stellt die Kommunen vor deutlich erhöhte Anforderungen.

460

Für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE gilt aber nach wie vor: Menschen müssen von ihrer Arbeit und ihrer Rente leben können. Sie dürfen nicht in immer größerer Zahl dazu gezwungen sein, trotz Arbeit öffentliche Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Wir unterstützen Menschen, die z. B. durch Streiks für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen

465

kämpfen.

Hartz IV: Ursache für viele Missstände

470

Eine deutliche Erhöhung des Mindestlohnes und die Abschaffung von Hartz-IV sind und bleiben unsere zentralen Forderungen. Erwerbslose müssen unter Androhung von Kürzungen des Arbeitslosengeldes II jede Arbeit, auch solche zu Hungerlöhnen annehmen. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass das Reallohniveau in den letzten Jahren in fast allen Bereichen stagniert oder sogar sinkt.

Der Landkreis Göttingen ist Träger der Optionskommune und ist hier verantwortlich für das Sanktionsregime. So lange die Hartz-IV-Gesetzgebung weiter existiert, treten wir aber dafür ein, dass Sanktionen abgeschafft werden.

475

480

Seit 2012 gibt es keine ABM-Stellen und somit keinerlei Erwerbsangebote für Erwerbslose mehr. Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit sind keine Alternative, sie sind demütigend und entwürdigend. Was wir wirklich brauchen, sind gezielte öffentliche Investitionen in voll tariflich bezahlte Arbeitsplätze im sozialen und Non-Profit-Bereich. Der Bedarf an Arbeitskräften z.B. im Sozial- und Gesundheitswesen und in der Altenarbeit und -pflege ist immens. Stadt und Kreis Göttingen sind nicht nur Dienstleister, sondern auch wesentliche Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientierte Beschäftigungspolitik Existenz

485

sichernde Arbeitsplätze schaffen.

Hierfür sind größere finanzielle Mittel notwendig, die nur von der Bundesebene kommen können. Sie hat im Unterschied zu den Kommunen die steuergesetzliche Handhabe, um vor allem die Reichen und die großen Unternehmen wieder angemessen zu besteuern. Hierzu weisen wir auf unsere Positionen zu den kommunalen Finanzen in unserem Programm hin.

490

Unakzeptabel ist, dass die bestehende Sozialcard ausgerechnet für viele Einrichtungen, bei denen der Landkreis oder die Stadt Göttingen ein Mitspracherecht

495 haben und deren Nutzung für die Lebensqualität jeder Bürgerin und jedes Bürgers zentrale Bedeutung hat, keinerlei Ermäßigungen bestehen: Z.B. für die öffentlichen Bäder und für die Buslinien der Göttinger Verkehrsbetriebe. Das muss sich ändern.

Unsere Forderungen:

- 500 • Anstelle von 1-Euro-Jobs, Bürgerarbeit oder ähnliche „Arbeitserprobung“, fordern wir tariflich bezahlte öffentlich finanzierte Stellen im gemeinnützigen Bereich.
- Keine Sanktionen gegen Erwerbslose und Hartz-IV-Bezieher*innen. Solange dies nicht erfolgt, fordern wir eine Berichtspflicht über jede verhängte Sanktion im zuständigen Kreis-Sozialausschuss.
- 505 • eine Sozialcard für sämtliche öffentliche und aus öffentlichen Mitteln geförderte Einrichtungen
- Die Kosten der Unterkunft müssen den realen Mietverhältnissen in Göttingen angepasst werden (vgl. Kapitel Wohnen)
- Einen kostenlosen ÖPNV für Erwerbslose und Geringverdiener*innen
- Mobilitätskosten nach örtlichen und persönlichen Bedingungen anzuerkennen.
- 510 • keine Kürzungen bei der Regelsatzleistung aus dem SGB II für Obdachlose,
- die weitere und ausreichende Finanzierung der unabhängigen SGB II-Beratungsstellen.

515 Städte, Gemeinden und Landkreise sind auch Arbeitgeber. Sie können durch eine an den Lebensbedürfnissen der Menschen orientierte Beschäftigungspolitik tariflich bezahlte und Existenz sichernde Arbeitsplätze schaffen. Sie tragen auch Verantwortung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge:

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist auf soziale Standards wie die Einhaltung des Mindestlohns und auf Tariftreue zu achten,
- 520 • Als Arbeitgeber sollten Kommunen einen Mindestlohn von zehn Euro einhalten, dem entspricht nicht die Stufe 1 des TVÖD.
- Die Auslagerung von Arbeitsstellen an private Arbeitgeber, um Menschen im Niedriglohnsektor zu beschäftigen, bekämpfen wir.

525

Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft!

530 Kinder und Jugendliche brauchen selbstbestimmte Freiräume um sich entwickeln und in die Gesellschaft einbringen zu können. Die Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen sind aber ungleich verteilt. Die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten von Familien, ihre soziale und ethnische Herkunft entscheiden leider über die schulischen und beruflichen Chancen vieler junger Menschen. Besonders

535 benachteiligt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die Sozialleistungen beziehen müssen. Die viel zu knappen Regelsätze für sie erschweren nicht nur eine gesunde Ernährung und Versorgung, sondern machen ihnen auch die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben deutlich schwerer. Viele Freizeitangebote sind heute weitgehend kommerzialisiert und sind derart teuer, dass diese jungen

540 Menschen und ihre Eltern sie sich nicht leisten können. Kinderarmut ist kein Hirngespinnst sogenannter Sozialromantiker, sondern bittere Realität auch für tausende von Kindern und Jugendlichen in Stadt und Kreis Göttingen. Deshalb fordert die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE auf Bundesebene schon seit langem einen Regelsatz für Kinder und Jugendliche, der

545 sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Kinder und Jugendliche haben das Recht
weitgehend frei von materiellen Sorgen und Ängsten aufzuwachsen. Auf kommunaler
Ebene dringen wir darauf, dass einkommensbedingte Nachteile durch Maßnahmen
der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe so weit wie möglich ausgeglichen werden.
550 Kinder- und Jugendhilfe darf auch bei knappen Haushalten nicht vornehmlich unter
Kostenaspekten betrachtet und behandelt werden. Kinder- und Jugendhilfe ist für
uns eine nachhaltige Investition in die Zukunft für unsere Region, gerade auch für
den ländlichen Raum. Der vielerorts vorhandene Mangel an unkommerziellen
öffentlichen Treffpunkten wie z.B. Jugendräumen, Skater*innenanlagen, Bolzplätzen,
Internetstationen und Musikproberäumen muss behoben werden.

555 Wir fordern:

- öffentliche, kostenfreie und ggf. personell ausgestattete Freiräume für Kinder und Jugendliche, Erhalt und Sicherung der Vielfalt selbstverwalteter Jugendzentren und bei Bedarf deren Ausbau.
- 560 • öffentlich finanzierte Kinder- und Jugendkulturangebote
- Kinder- und Jugendfreizeiten mit weitgehender Kostenübernahme bei einkommensarmen Familien
- Schaffung kostenfreier, wohnortnaher Internet-Nutzungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen

565 **Prävention ist immer besser als Eingriffshandeln**

Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nicht erst dann einsetzen, wenn sich bei Kindern und Jugendlichen Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten zeigen. Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE
570 plädiert für den Ausbau einer präventiven Kinder- und Jugendhilfe, die
niederschwellig und wohnortnah in der sozialen Lebenswelt der jungen Menschen angesiedelt ist. Insbesondere sind dabei die Angebote der aufsuchenden
Sozialarbeit und der sozialraumnahen Beratung auszubauen. Das Angebot und die
Trägervielfalt der Erziehungsberatungsstellen in Stadt und Landkreis müssen
575 erhalten und ggf. noch ausgebaut werden.

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit dauerhaft sichern

Die außerschulische Jugendarbeit von Vereinen und Verbänden ist von großer
Bedeutung für die Förderung sozialer Fähigkeiten und Kompetenzen junger
580 Menschen. Sie ist auch bei immer mehr bestehenden Ganztagschulen eine
sinnvolle und notwendige Ergänzung als Freizeit- und Bildungsangebot. Hier können
Lern-, Erfahrungs- und Bildungsinhalte vermittelt werden, die die klassische Schule
so nicht vermitteln kann. Einen besonderen Bedarf sehen wir z.B. in den Bereichen
der Vermittlung von Medienkompetenz, inklusiver Bildung, Demokratieverständnis,
585 Antifaschismus und Antirassismus aber auch im Erlernen eines vernünftigen
Umgangs mit Alkohol und Rauschmitteln. Strukturelle Veränderungen von
Familienformen und -bildern, Veränderungen in den geschlechtlichen Rollenbildern
und Erschwernisse in der Identitätsfindung verleihen der außerschulischen
Jugendarbeit möglicherweise heute einen noch bedeutsameren und
590 stabilisierenderen Stellenwert als noch in den 1990-er Jahren. Kurzzeitig finanzierte
Projektförderung kann eine kontinuierliche und verlässliche Förderung von
Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendförderung nicht ersetzen.

Wir fordern:

- 595
- Eine nachhaltige finanzielle Absicherung von außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit
 - Eine verlässliche und hinreichende Förderung von Jugendverbänden und Vereinen, die sich in der Jugendarbeit engagieren
 - Entbürokratisierung der Kinder und Jugendarbeit durch aufsuchende und lebensraumnahe Unterstützungs- und Beratungsangebote
 - Eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule
- 600

Mit- und Selbstbestimmung

Der Anspruch auf gesellschaftliche Mitbestimmung und persönliche Selbstbestimmung ist Bestandteil unseres Politikverständnisses. Deshalb treten wir Linken für eine emanzipatorische Kinder- und Jugendhilfe ein, die Kinder und Jugendliche an der Ausgestaltung ihrer Lebensbereiche und an kommunalen Entscheidungen mitbeteiligt. Jugendzentren und Jugendverbände sind für uns nicht nur Freizeitstätten, sondern auch Orte des sozialen Lernens von demokratischen Grundregeln. Damit Demokratie praktisch erlebt und gelebt werden kann, muss Kindern und Jugendlichen auch ein eigener Verantwortungs- und Entscheidungsspielraum gewährt werden. Dies gilt insbesondere für die zur Verfügung stehenden Einrichtungen und Treffpunkte. Aber auch in weitergehende kommunale Entscheidungen, die möglichst sogar über ausschließlich jugendspezifische Angelegenheiten hinausgehen, sollten sie einbezogen und eingebunden werden. Deshalb sollte der Bedarf und die Möglichkeiten zur Einrichtung von Jugendparlamenten ernsthaft geprüft und in Erwägung gezogen werden. Die Jugend von heute sind die Entscheider*innen von morgen!

605

610

615

620

Politik für ältere Menschen

*Die Situation für Senior*innen wird von Jahr zu Jahr bedrückender. Ältere Menschen brauchen die Solidarität der ganzen Gesellschaft!*

625

Die zunehmende Altersarmut ist ein gesellschaftlicher Skandal. Sie betrifft insbesondere Frauen. Immer mehr ältere Menschen müssen zusätzlich arbeiten, um sich durchzubringen und ein wenig an Kultur- und Freizeitangeboten teilnehmen zu können oder nutzen die Tafeln und Suppenküchen. Dem kann sicher nur sehr begrenzt auf kommunaler Ebene begegnet werden. Wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE wollen mit unserer Kommunalpolitik aber zumindest einen Beitrag dazu leisten, dass der Vereinzelung alter Menschen entgegengewirkt wird und dass wir auch älteren Menschen Teilhabe und Mitwirkung am Leben im Kreis und in der Stadt ermöglichen. Wir wollen nicht auf die Kompetenzen und Lebenserfahrungen der älteren Generation verzichten, sondern möchten diese für ein lebendiges, generationsübergreifendes Zusammenleben nutzen.

630

635

Selbstbestimmtes Leben auch im Alter ist für uns ein unverzichtbares Recht. Deshalb müssen wir Sorge dafür tragen, dass alte Menschen eine wirkliche Wahlmöglichkeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung haben. Für uns gilt der Grundsatz „Ambulant vor stationär“. Dafür müssen Gemeindepflegedienste ausgebaut werden und genügend qualifiziertes Personal vorgehalten werden. Aufgabe der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und städtischer Baupolitik muss es sein, auch für bezahlbaren altengerechten Wohnraum zu sorgen. Alternative, generationenübergreifende Wohnformen müssen eine Chance zur Umsetzung

640

645

erhalten. Wir fordern, dass Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäuser zur Selbstverständlichkeit werden und insbesondere ihre finanzielle und personelle Ausstattung dauerhaft gesichert wird und nicht als sogenannte Modellprojekte nach Auslaufen des Förderprogramms infrage gestellt werden.

650

Wenn wir erreichen wollen, dass möglichst viele ältere Menschen ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können, muss dafür gesorgt werden, dass gerade auch im ländlichen Bereich die Bedingungen dafür verbessert werden. Eine zumindest auskömmliche Infrastruktur gehört für uns dazu. Einkaufsmöglichkeiten in Form von Dorf- oder Genossenschaftsläden verdienen Unterstützung und Förderung. Busanbindungen und Fahrdienste müssen so gestaltet werden, dass im Nahbereich nicht vorhandene ärztliche und medizinische Versorgung und andere am Ort nicht vorhandene Dienstleistungen ohne große Umstände, überlange Wartezeiten und überteuerte Fahrpreise in den Mittelzentren und dem Oberzentrum Göttingen erreichbar sind. Ein gemeinsames Ziel sollte darin bestehen, der Überalterung unserer Dorfbevölkerung entgegenzuwirken und Bedingungen dafür zu schaffen, dass Alt und Jung sich wieder vermehrt in der Gemeinschaft begegnen.

655

660

Wir setzen uns für folgende Forderungen ein:

665

- Seniorenbeiräte müssen politische Rechte und Eingriffsmöglichkeiten haben
- Heimräte für Einrichtungen und Heime, damit die Bewohner*innen ihre Interessen durchsetzen können.
- Aufstocken der Gemeindepflege, damit ambulante Hilfe und Wohnalternativen weiterentwickelt werden können
- Aufwertung der Pflegeberufe auch im Bereich der Altenpflege durch bessere Bezahlung
- Städtische Senior*innenbüros für die Beratung in allen sozialen und Gesundheitsfragen
- Wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten auch in den Gemeinden und im Kreis
- Verbesserung der Busverbindungen in den Dörfern

670

675

Wohnen – als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

680

Die Mieten sind zu hoch, Wohnungen sind Mangelware – dagegen setzen wir uns zur Wehr! Es ist auch Aufgabe der Städte und Gemeinden, hier einzugreifen.

685

Wohnen und Wohnraum ist für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE ein nicht verhandelbares Grund- und Existenzrecht. Wir stehen daher insbesondere an der Seite von Mieterinnen und Mietern und wollen mit einer menschenwürdigen und sozialen Wohnungspolitik und bezahlbaren Mieten unsere Kommunen gestalten. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass selbst Menschen mit mittlerem Einkommen 30 bis teilweise 50 Prozent ihres Nettoverdienstes nur für die Miete ausgeben müssen. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie wohnungssuchende Bevölkerungsgruppen wie z.B. Studentinnen und Studenten, Geringverdiener*innen und Flüchtlinge gegeneinander auf dem Wohnungsmarkt ausgespielt und damit Menschen aus ihren angestammten Wohnbereichen und ihren sozialen Bezügen verdrängt werden.

690

695

Wir wehren uns gegen Spekulation, Privatisierungen, den Niedergang des sozialen Wohnungsbaus und immer drastischere Mietpreissteigerungen. wie sie für das

700 Stadtgebiet Göttingen in den letzten Jahren belegt werden. Wohnungspolitik darf
nicht den Miet- und Finanzhaien überlassen werden, die sich vorrangig an
Renditeerwartungen orientieren und nicht an den Möglichkeiten und Bedürfnissen
705 der Mehrzahl der Bevölkerung. Während in Göttingen bezahlbare Wohnungen
fehlen, gibt es in den etwas weiter vom Oberzentrum entfernten Kommunen und
Gemeinden im Kreisgebiet oftmals Leerstand. Daher sind für beide Situationen
unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen. Einerseits müssen weitere
Mietpreissteigerungen und Wohnraumknappheit in Göttingen und seinen direkten
710 Nachbargemeinden durch gezielte Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau
verhindert und zurückgeführt werden. Andererseits muss durch strukturelle
Maßnahmen wie z.B. eine deutlich bessere verkehrliche Anbindung und einer
Verbesserung der ländlichen Infrastruktur die Attraktivität von Kommunen gestärkt
werden, in denen es noch bezahlbaren und vorhandenen Wohnraum gibt.

Wir fordern daher im Einzelnen:

- Der soziale Wohnungsbau muss endlich wiederbelebt, massiv ausgebaut und gestärkt werden. Dazu benötigen die Kommunen die notwendige finanzielle Hilfe von Bund und Land. Sowohl im Bundeshaushalt, als auch in Haushalt des Landes Niedersachsen müssen die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nachhaltig aufgestockt werden.
- Privaten Bauinvestoren müssen durch die Stadt verbindliche Vorgaben gemacht werden, damit sie zumindest einen Teil der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen bereit stellen. Wir halten hier eine Quote von 30 bis 50 Prozent für angemessen.
- Grundstücke und Gebäude, die sich noch im Besitz der Stadt befinden, dürfen nicht mehr an private Investoren verkauft werden. Verkäufe sind nur an die städtische Wohnungsbaugesellschaft zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus zu tätigen.
- Im Zeitraum der Ratsperiode 2016 bis 2021 sind rund 5.000 neue geförderte Wohnungen zu schaffen. Dabei soll eine ausreichende Anzahl barrierefrei sein. Um dieses Ziel zu erreichen sollen jährlich mindestens 1.000 Wohnungen gebaut werden. Die Durchführung soll grundsätzlich durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften erfolgen. Nur in besonderen Ausnahmen können Privatinvestoren beteiligt werden, wenn eine verbindliche Zusage über eine Sozialbauquote erfolgt ist.
- Neu geschaffener Wohnraum soll zu einem Quadratmeterpreis von nicht mehr als 6 Euro/m² (Kaltmiete) geschaffen werden.
- Wir fordern Initiativen für eine „Neue Gemeinnützigkeit“ Im Wohnungsbau, um so eine nicht profitorientierte Wohnungsbewirtschaftung nachhaltig zu gewährleisten.
- Ein nachhaltiges Baulandkonzept, das kommunale Flächen als Nutzung für sozialen Wohnraum plant, statt es an Private zu verkaufen. Grünflächen Kleingärten und Erholungsraum können so erhalten werden. Vorhandene Kleingärten dürfen nicht gegen den Bedarf an Wohnungen ausgespielt werden.
- Für die Regionen die von Leerstand betroffen sind, müssen die Verkehrsanbindungen durch den öffentlichen Nahverkehrs gestärkt werden. Diese Kommunen müssen zusätzlich finanziell gestärkt werden, sodass Bausubstanz und günstiger Wohnraum erhalten bleiben.
- Die bestehende Praxis zur Unterstützung der Mietkosten bei Betroffenen von SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit) muss geändert werden. Wir fordern eine Anpassung der Zuschüsse um bis zu 10% über der jeweils gültigen Wohngeldtabelle.

- Die Unterstützung und finanzielle Förderung bei baulichen Umbaumaßnahmen für eine barrierefreie Wohnraumgestaltung.
- 750 • Die Förderung des Erhalts und Neubaus von studentischen Wohnheimen.
- Obdachlose und Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung, deshalb sind langfristige Container-Siedlungen abzulehnen. Stattdessen ist eine dezentrale Unterbringung weitgehend in kommunalen Wohnungen umzusetzen.
- 755 • Die Beschlagnahme von Spekulationsobjekten und langfristig leerstehenden Wohnraums zur Unterbringung Wohnungsloser und von Flüchtlingen.
- Die Unterstützung für Hausbesetzer*innen, deren Ziel es ist länger leerstehenden Wohnraum in bewohnbaren Wohnraum und dessen sinnvolle Nutzung umzuwandeln.
- 760 • Die Sicherung alternativer Wohnformen (z. B. Bauwagen), von Kleingewerkschaften oder anderen kollektiven Eigentumsformen.

Gesundheit ist keine Ware - Krankenhäuser in öffentliche Hand

765

Wer auf Privatisierung setzt, lässt zu, dass Gesundheit Profite erwirtschaften muss. Wir sagen: Das ist gesundheitsgefährdend!

770

Die Gesundheitsversorgung wird auch im eigentlich gut versorgten Göttingen und dem Umland immer schlechter. Dies zeigt sich insbesondere bei den Krankenhäusern. Es gibt in Südniedersachsen praktisch keine öffentlichen Krankenhäuser mehr. Auch die im Eigentum der Stiftungsuniversität befindliche Uniklinik ist dem Prinzip der Kostendeckung verpflichtet. Im bisherigen Kreis Osterode dominiert der Gesundheitskonzern Helios. Das frühere Landeskrankenhaus in Göttingen und Tiefenbrunn wurde 2007 zu einem Spottpreis an Asklepios verkauft. Diese Konzerne fordern von ihren Krankenhäusern 15 % Gewinn.

775

780

Die Kommerzialisierung des Gesundheitssektors führt nicht zu mehr Leistungen, sondern zu Einsparungen auf Kosten der Patient*innen. Auch ein seit Jahren bestehender massiver Arbeitsplatzabbau zieht sich wie ein roter Faden durch die Einrichtungen. Vielfach haben sich Beschäftigte gegen diese Entwicklung gewehrt. So gelang es den Beschäftigten der Berliner Charité mit Arbeitskampfmaßnahmen einen angemessenen Personalschlüssel durchzusetzen.

785

Auch bei uns im Landkreis werden Hygiene- und Pflegemängel deutlich. Gerade in der psychiatrischen Göttinger Asklepiosklinik wurden in den letzten Jahren massiv Arbeitsplätze abgebaut. Dies führte zu immer schlechteren hygienischen Bedingungen, notwendige Einzelfallbetreuungen sind häufig nicht mehr möglich, Angebote für die Patient*innen wurden massiv eingeschränkt.

790

795

Ein besonderes Negativbeispiel ist auch das Krankenhaus Hann. Münden. Erst wurde mit öffentlichen Geldern das frühere Vereinskrankenhaus von der AWO übernommen und mit deren Klinik verbunden. Nur wenige Jahre später wurde im Frühjahr 2016 das jetzt vereinigte Mündener Krankenhaus von den insolventen AWO-Gesundheitsdiensten an einen Investor verkauft, wiederum gefördert mit öffentlichen Geldern. Natürlich auch wieder mit massivem Arbeitsplatz- und Leistungsabbau.

800 Die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ist lebensbedrohlich und
gesundheitsgefährdend. Pflegenotstand und Hygienemängel haben zumindest
andernorts auch schon zu Todesfällen geführt. Als einzige politische Kraft stellt sich
die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE dieser
Entwicklung entgegen. Die Beschäftigten unterstützen wir dabei, ihre Arbeitsplätze zu
erhalten, denn das ist auch in unserem Interesse als mögliche Patient*innen.

805

Wir fordern:

- Die Rückführung der bereits privatisierten Krankenhäuser in öffentliche
Trägerschaft, ohne Auslagerung von Teilbereichen. Gesundheitsversorgung ist
kommunale Kernaufgabe. Gerade Mittelzentren wie Hann. Münden brauchen ein
810 funktionierendes Krankenhaus mit einer medizinischen Vollversorgung.
- Gute Arbeitsbedingungen des Personals nützen auch den Patient*innen. Das
Gesundheitswesen ist keine Fließbandarbeit. Es muss ausreichend Zeit für
Patient*innen und Hygiene sein. Wer hart arbeitet und zudem noch eine wichtige
815 soziale Tätigkeit verrichtet muss anständig, also tariflich bezahlt werden. Wir
solidarisieren uns mit Arbeitskämpfmaßnahmen der Beschäftigten zur
Durchsetzung dieser Ziele.
- Wir stehen hinter der Forderung von ver.di für eine tarifliche und gesetzliche
Mindestpersonalbemessung;
- die Verbesserung mobiler Versorgungsangebote angelehnt an das
820 Gemeindeschwestermodell; Gemeindeschwestern können das Rückgrat der
Gesundheitsversorgung in der Fläche bilden und Ärztemangel abfedern;
- den Ausbau von Polikliniken und Ärztehäusern in ländlichen Regionen und
urbanen Zentren;
- eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung sowie die Weiterentwicklung
825 und die Qualifizierung der Präventions- und Betreuungsarbeit. Dazu gehören
Einrichtungen kommunaler Sucht- und Drogenberatung, psychosozialer
Einrichtungszentren, HIV/Aids-Beratung und Gesundheits- und
Ernährungsberatung;
- eine vollumfängliche gesundheitliche und medizinische Versorgung von
830 Obdachlosen und Geflüchteten sowie auf deren Bedürfnisse abgestimmte
Programme insbesondere bei der Traumatherapie;
- eine umfassende Gesundheitsberichtserstattung als Planungsgrundlage für die
Gesundheitspolitik in den Kommunen;
- den Ausbau und die Sicherung der Finanzierung von Beratungsstellen für
835 Patient*innen.

Drogenkonsum entkriminalisieren – Für einen offenen Umgang mit der Drogenproblematik

840

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE in Stadt
und Landkreis Göttingen steht für eine Entkriminalisierung und für eine
Versachlichung der Drogenproblematik ein. Das Mittel der Repression als
vermeintliches Heilmittel gegen einen unsachgemäßen Drogenkonsum lehnen wir
845 ab. Basis für eine fortschrittliche Drogenpolitik ist aus linker Sicht ein offener Umgang
mit dem Thema »Drogen« und eine sachliche und wertungsfreie Aufklärung über die
Wirkung legaler und illegaler Drogen. Drogenkonsum ist Bestandteil unserer Kultur.
Wir plädieren für einen verantwortungsvollen Umgang damit und die
Entkriminalisierung der Konsument*innen sowie des Anbaus von Cannabis. Wir

850 Linken sehen keine Unterschiede im Konsum von Alkohol und sogenannten weichen
(illegalen) Drogen. Wir halten fest an der grundsätzlichen Gewährleistung von Hilfe
für alle abhängigen Drogenkonsument*innen, die ihre Sucht bekämpfen und
beenden wollen. Wir unterstützen daher die Selbsthilfeorganisationen von
855 Abhängigen, den Ausbau von Aufklärungskampagnen über die Wirkung von
Drogenkonsum (inklusive Alkohol) und den Ausbau der Sozialarbeit im Suchtbereich.
Wir fordern, dass die Stadt Göttingen gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und
Bürgern einen Modellversuch zur Abgabe von Cannabis zur medizinischen Nutzung
und als Genussmittel konzipiert und eine entsprechende Ausnahmegenehmigung
860 hierfür nach §3 (2) BtMG beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
beantragt. Wir schlagen einen Cannabis Social Club (CSC) vor. Dieser soll an einem
gesicherten Ort nach bestimmten Regeln betrieben werden. Das Modellprojekt soll
wissenschaftlich begleitet werden.

- 865 • Stützung und Ausbau der Hilfsangebote für Drogenabhängige, z.B. des DROBZ
(Drogenberatungszentrum) durch ausreichende Finanzierung
- Finanzielle Unterstützung der Selbsthilfe, Einbeziehung der Betroffenen in die
Gestaltung der Hilfsangebote.
- Ausbau der Präventionsarbeit an den Göttinger Schulen mit dem Ziel, junge
870 Menschen dazu zu befähigen, Gefährdungen realistisch einzuschätzen

Geschlechtergerechtigkeit geht alle an!

Die Chancengleichheit der Geschlechter ist ein noch nicht erreichtes Ziel.

875 Nach wie vor fehlt es an gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen
Rahmenbedingungen, die eine gerechte Verteilung an bezahlter und unbezahlter
Arbeit zwischen Frauen und Männern ermöglichen. Ökonomische Unabhängigkeit
verbessert eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Zahlen
880 sprechen für sich: Frauen verdienen im Durchschnitt 22 % weniger, was zum einen
an der geringeren Bezahlung frauentypischer Berufe, der Teilzeitarbeit berufstätiger
Mütter und daran liegt, dass Frauen z.T. für die gleiche Arbeit ein geringeres Gehalt
erhalten als der männliche Kollege. Nur zwischen 15,8 und 24,8 % aller
885 Führungspositionen haben Frauen inne, die doch die Hälfte der Bevölkerung
ausmachen. Auch in der kommunalen Verwaltung in Stadt und Landkreis sind
Frauen in leitenden Funktionen unterrepräsentiert.

Mehr als 90% der Alleinerziehenden in Stadt und Landkreis sind Frauen. Diese
benötigen besondere Unterstützung. Aber auch in Familien mit zwei Elternteilen
890 gehen viele Frauen während der Erziehungsphase nur einer Teilzeitarbeit nach, da
die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen für eine Vollzeittätigkeit nicht
ausreichen. Gerade in frauentypischen Arbeitsbereichen wie Pflege, Dienstleistung
und Einzelhandel brauchen die Beschäftigten flexible Kinderbetreuung entsprechend
der Arbeitszeiten, um voll erwerbstätig und damit finanziell unabhängig von
895 Transferleistungen zu sein. Ansonsten sind gerade Alleinerziehende von Armut
bedroht, insbesondere während der Familienphase und später im Alter. Frauen sind
auch in der Kommunalpolitik nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten
und bilden im Rat der Stadt Göttingen sowie im Kreistag eine Minderheit.
900 Als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE stellen wir uns
die selbstkritische Frage, wie der Anteil an Frauen hier erhöht werden kann und was

dem entgegensteht. Wir sind offen für Anregungen aus den emanzipatorischen Frauenorganisationen und laden explizit engagierte Frauen ein, sich für linke und feministische Politik mit uns einzusetzen.

905 Wir fordern

- in der kommunale Verwaltung und den kommunalen Eigenbetrieben in Stadt und Landkreis Göttingen für Führungspositionen eine Quote von 50 % für Frauen einzurichten und hier auch Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für Frauen und Männer verbessert werden, damit die Grundlage für eine gerechtere Verteilung der Familien- und Erwerbsarbeit überhaupt gegeben ist.
- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!
- in den städtischen Kitas die Öffnungszeiten flexibel zu gestalten. Dies ist eine sinnvolle Investition, weil dadurch ergänzende Grundsicherungsleistungen eingespart werden können. Auch Frauenförderungs- und Wiedereingliederungsprogramme müssen weitergeführt und ausgebaut werden, um ökonomische Unabhängigkeit in und nach der Familienphase zu ermöglichen.

920 **Schluss mit Gewalt gegen Frauen!**

Jede vierte Frau ist im Laufe ihres Lebens von körperlicher und/oder sexueller Gewalt in einer Partnerschaft betroffen. 13 % aller Frauen erleben sexualisierte Gewalt. Auch hier zeigt sich das nach wie vor unausgeglichene Machtverhältnis der Geschlechter.

925 Daher dürfen Beratungsstellen und therapeutische Angebote wie Frauen-Notruf e.V., Therapeutische Frauenberatung e.V. und das Frauenhaus Göttingen e.V im kommunalen Haushalt nicht weiter in ihrer Finanzierung beschnitten werden, wie durch den Entschuldungshilfeplan geschehen, sondern müssen erhalten und ausgebaut werden. Es zeigt sich, dass die Angebote in diesem Bereich an die Grenze ihrer Kapazitäten gekommen sind.

930 Traumatisierte geflüchtete Frauen und Mädchen haben besondere Schutzbedürfnisse, die bei ihrer Unterbringung und Betreuung beachtet werden müssen.

935 Bei den Hilfs- und Präventionsangeboten für gewaltbetroffene Frauen jedweder Herkunft handelt es sich um gesellschaftlich notwendige Ausgaben, die nicht infrage gestellt werden dürfen.

Konkret fordern wir

- die Finanzierung der vielfältigen kompetenten frauen- und mädchenspezifischen Angebote muss bedarfsgerecht abgesichert werden.
- Die Frauenschutzwohnung in Hann. Münden muss wieder geöffnet werden.
- Spezielle Unterbringung, Betreuung und Schutz für gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen,
- Sensibilisierung für das Thema Gewalt gegen Frauen in kommunalen Einrichtungen, Ausbau von Prävention

950 **Keine Diskriminierung von homosexuellen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen oder queeren Menschen!**

Menschen, die nicht der heterosexuellen Zweigeschlechternorm entsprechen, erfahren Diskriminierungen auf den unterschiedlichsten Ebenen. Mangelnde

955 gesellschaftliche Aufklärung trägt dazu bei, dass lesbische, schwule, bisexuelle Menschen sowie Trans*personen und Intersexuelle immer noch Ausgrenzung fürchten müssen, wenn sie sich offen zeigen. Die LINKEN treten dafür ein, dass keine geschlechtszuweisenden Operationen an intersexuellen Menschen in einem nicht-zustimmungsfähigen Alter stattfinden. Für Trans*menschen müssen die Verfahren zur Anerkennung eines anderen als bei der Geburt zugewiesenen Geschlechts vereinfacht werden.

960 Auf kommunaler Ebene fordern wir:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit dafür, dass es Menschen gibt, die nicht der heterosexuellen Zweigeschlechternorm entsprechen, beispielsweise durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit in kommunalen Behörden und Schulen
- Sensibilisierung von kommunaler Verwaltung und Behörden
- 965 • kommunale Beratungsangebote verbessern und finanzieren
- kommunale Strukturen und Veranstaltungen finanziell und ideell fördern (z. B. LesBiSchwule Kulturtage wieder stärker finanziell unterstützen)
- Räumliche Infrastruktur für entsprechende Selbsthilfegruppen zur Verfügung stellen (Begegnungs- und Bildungsstätte, Beratungs- und Arbeitsräume)
- 970 • Sensibilisierung der Polizei für Hassverbrechen, homo- und transphobe Übergriffe, sowie
- Registrierung und Öffentlichmachen von homo- und transphoben Übergriffen

975 **Verbraucherbildung – Schutz vor blindem Konsum und Abzocke**

Welche Produkte sind fair produziert oder regional hergestellt, was kann ich tun, um bewusst und ökologisch verantwortlich einzukaufen?

980 Die lokalen Verbraucherschutzstrukturen sind nach Ansicht der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE viel zu geringfügig ausgestattet. Sie sollen helfen, die negativen Auswirkungen einer ungezügelter kapitalistischer Wirtschaftsweise und eines „blinden“ Konsums auszugleichen. Wir können auf kommunaler Ebene die Ursachen leider nur bedingt bekämpfen. Darum

985 fordern wir eine massive Verbesserung der Verbraucherbildung, um möglichst nur Produkte und Dienstleistungen zu fördern, die soziale, ökologische und faire Ansprüche erfüllen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die bestehenden Verbraucherschutzstrukturen finanziell und organisatorisch stärken, damit sich die Bürger möglichst kostenfrei informieren und bilden können.

990

Eine umfassende Beratung muss folgende Themen verstärkt berücksichtigen:

- Regionale Produkte und Dienstleistungen
- Faire Produkte hinsichtlich sozialer und ökologischer Herstellungsbedingungen
- 995 • Einfachheit und Anwenderfreundlichkeit von Produkten
- Vertrauenswürdige Labels und Kennzeichnungen, auch für Ältere leserlich
- Gesundheit und gesunde Ernährung
- Den Schutz von Nutztieren und deren Haltungsbedingungen
- Datenschutzrechte und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- 1000 • Rechtliche Beratung und Schutz vor Betrug, Datenmissbrauch, Knebelverträgen, Abzocke, Zinswucher, qualitativ schlechten Produkten

- Faire Dienstleistungen mit Tarif- bzw. Mindestlohn
 - Ein Verbrauchsverhalten, das Klimaschutzaspekte berücksichtigt und privaten Konsum CO2-neutral ermöglicht
- 1005 • Barrierefreier Zugang zu Informations- und Dienstleistungsstellen.

Stadt- und Regionalplanung

1010 *Wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE halten die Stadt- und Regionalplanung der letzten Jahrzehnte mit einer Verkehrspolitik, die vor allem auf das Auto setzt, für verfehlt. Das Ergebnis ist eine Zersiedelung der Landschaft, die zu alltäglichen Pendlerströmen mit Verkehrsstaus, Lärm- und Umweltbelastung führt.*

1015 Die Verkehrswege wurden länger. Arbeit, Wohnen, Freizeit und Einkaufen fallen räumlich immer stärker auseinander. SPD und CDU unterstützen diesen Trend, indem sie Gewerbegebiete außerhalb der Stadt und der Gemeinden fördern. Beispiele dafür sind der Kaufpark, die Area 3 oder neue Projekte wie das Möbelhaus

1020 XX Lutz. Gleichzeitig sind Arbeitsplätze, Handel und Dienstleistungen aus den Dörfern weitgehend verschwunden. Städte, Gemeinden und der Landkreis zentralisieren die Verwaltung, in der Hoffnung, Kosten zu sparen.

1025 Wir werden uns stattdessen für kurze Wege einsetzen. Besonders Senior*innen, Kinder und Jugendliche, Behinderte und sozial schwächere Mitbürger*innen sind nur im engen Wohnungsumfeld mobil. Öffentliche Einrichtungen, wie etwa Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Seniorenwohnheime, Grünanlagen müssen wohnungsnah und möglichst ohne Verkehrsmittel erreichbar sein, genau wie Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Gastronomie.

1030 Bürger*innen müssen umfassend und transparent an Planungen für Bauvorhaben beteiligt werden. Wir wollen, dass die Pläne frühzeitig offengelegt werden und Bürgerbefragungen stattfinden, die verbindlich sind. Wir lehnen weitere Güterverkehrszentren ohne Gleisanschluss wie am Siekanger in der Region

1035 Göttingen ab.

Wir fordern für die Stadt- und Kreisentwicklung:

- eine umfassende Bürgerbeteiligung, verbunden mit frühzeitigen Informationen;
- dezentrale Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote auf dem Land und in den Stadtteilen (multifunktionale Nachbarschaftsläden mit „Tante-Emma-Angebot“), insbesondere auch dann, wenn sich private Anbieter zurückhalten;
- weitere Nachbarschaftszentren, wie es sie in Grone und auf dem Leineberg gibt und wie auf dem Holtenser Berg geplant ;
- öffentliche Einrichtungen müssen überall einfach und barrierefrei erreichbar sein
- Die LINKEN fordern die Legalisierung des Badens im Rosdorfer Baggersee und die Schaffung geordneter Verhältnisse wie das Bereitstellen sanitärer Anlagen und eine geregelte Müllentsorgung. Wir lehnen eine Kommerzialisierung ab.

1050 **Verkehrsentwicklung und ÖPNV – Mobilität für alle!**

1055 *Die Verkehrspolitik ist eines der wenigen Felder, auf die wir in den Städten und Gemeinden Einfluss nehmen können. Wir wollen eine Verkehrspolitik, durch die jeder mobil sein kann. Die Göttinger Verkehrsbetriebe müssen endlich mit der Umrüstung auf Elektrobusse beginnen, statt weitere neue Dieselsebuse zu beschaffen.*

1060 Wir wollen eine Politik der kurzen Wege, die bezahlbar und ökologisch ist, und mit der Autoverkehr vermieden wird. Öffentlicher Nahverkehr, Rad- und Fußverkehr sollen gefördert und bevorzugt werden. Ziel der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE ist ticketfreier öffentlicher Nahverkehr.

1065 Außerhalb der Stadtgrenzen sind private Unternehmen im ÖPNV tätig. Wir schlagen vor, dass der Landkreis Göttingen selbst den ÖPNV im Kreisgebiet plant und dass der ÖPNV wieder in öffentliche Hand kommt. Leider ist der VSN eine der teuersten Verkehrsverbände der Bundesrepublik. Damit der ÖPNV wirklich attraktiv ist, müssen die Preise deutlich gesenkt werden. Als Sofortmaßnahme soll ein Sozialticket für Grundsicherungsempfänger*innen nach SGB II und SGB XII und andere finanziell schlechter gestellte Menschen eingerichtet werden.

1070 Unsere Forderungen für den ÖPNV:

- Alle öffentlichen Verkehrsmittel und Haltepunkte müssen für Menschen mit Behinderungen ohne Hilfe erreichbar sein, auch im Landkreis.
- Hinweisschilder an den Haltestellen auch in Blindenschrift
- Der Fahrgastbeirat (bestehend aus 6 bis 10 Personen) soll beim VSN wieder eingeführt werden, um die Interessen der Nutzer*innen zu vertreten.
- Wir kritisieren, dass das Busliniennetz in Göttingen seit 2014 ausgedünnt wurde und wollen dichtere und lückenlose Taktzeiten auch da, wo wenige Fahrgäste fahren wollen. Die Bahnhofwestseite muss wieder an das Liniennetz angebunden werden. Zusätzlich müssen neue Umsteigepunkte und Verbindungs-Linien in Grone, Weende und Geismar eingerichtet werden.
- Wir fordern den Einsatz von Erdgasbussen und Elektrobussen wie in Hannover.
- Auch auf dem Land soll der öffentliche Verkehr eine wirkliche Alternative zum Auto sein, auch am Wochenende. Zur Anbindung kleiner Ortschaften und für verkehrsrärmere Zeiten können Anrufsammeltaxi, Mini- und Rufbusse eingesetzt werden. Bürgerbusse, bei denen Ersatzverkehr durch Bürger*innen angeboten wird, sind zwar ein Ausdruck gesellschaftlichen Engagements, aber die öffentliche Hand bleibt in jedem Fall gefordert, Mobilität auch im ländlichen Raum sicherzustellen.
- Wir wollen, dass nach dem Bahnhof Lengeln auch Orte wie Obernjesa und Rosdorf wieder an das Bahnnetz angeschlossen werden.
- Die Einrichtung von zusätzlichen Schnellbuslinien halten wir für einen wichtigen Schritt, um den ÖPNV schneller und attraktiver zu machen, aber kleinere Dörfer dürfen dabei nicht abgehängt werden.
- Bahn und Bus müssen miteinander abgestimmt werden, einen Konkurrenz- und Parallelbetrieb lehnen die LINKEN ab.
- Die Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn muss grundsätzlich kostenlos und in den Bussen ausreichend Stellplatz dafür vorhanden sein.
- An Haltepunkten und in Ortschaften wollen wir Informationstafeln. Ortsplan, Gaststätten, Unterkünfte, Taxi, Wanderwege usw. sollen gut ausgeschildert sein.
- Das Radwegenetz soll weiter ausgebaut werden und muss im Winter geräumt werden. Auto-, Fahrrad- und Fußgängerverkehr müssen deutlich voneinander getrennt sein, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen zu verbessern.

- In Wohngebieten wollen wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, weil das zur Sicherheit besonders von Kindern und älteren Menschen beiträgt.
- 1105 Wir unterstützen grüne Wellen und Verkehrskreisel. Durch die Verbesserungen im ÖPNV und für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen wollen wir den Autoverkehr verringern.

1110 **Landwirtschaft ohne Gentechnik, umweltschonend und sozialverträglich**

Das größte Problem der hiesigen Landwirtschaft wird auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden können: Die großen Handelsketten drücken die Erzeugerpreise und zwingen die Betriebe, von ihrer Substanz zu leben.

- 1115 Doch Landwirtschaft darf nicht zum Hobby reduziert werden. Es darf nicht sein, dass nur noch große Agrarfabriken kostendeckend arbeiten können. Dies hat gravierende Folgen für die Umwelt und uns Verbraucher*innen: Lebensmittelskandale sind mittlerweile an der Tagesordnung. Futtermittelskandale und dioxinbelastete Eier sind
- 1120 nur einige Beispiele, wie unverantwortlich die regierenden Politiker*innen und Parteien mit der Gesundheit der Verbraucher*innen und mit der Natur umgehen. Aber Agrarpolitik wird nicht nur in Hannover, Berlin oder in Brüssel gemacht, sondern auch vor Ort. In den Kommunen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, eine regionale und umweltverträgliche Landwirtschaft zu stärken - zum Wohle der bäuerlichen
- 1125 Landwirtschaft und zum Schutz der Verbraucher*innen. Wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE arbeiten an einer nachhaltigen und ökologischen Agrarpolitik, die an die Bedürfnisse der bäuerlichen Landwirtschaft angepasst ist:

- faire Erzeugerpreise für alle Produkte der Landwirtschaft
 - gentechnikfreie Landwirtschaft und Förderung des ökologischen Landbaus
 - Erhalt einer artenreichen und gut strukturierten Landschaft z.B. durch vielfältige Fruchtfolgen
 - Stärkung einer artgerechten Tierhaltung mit einer betrieblichen Futtergrundlage ohne den Einsatz von Importfuttermitteln wie Soja
 - Ausbau von Sonnenenergie als zusätzliche Einnahmequelle für die bäuerliche Landwirtschaft, z.B. auf Dachflächen von Wirtschaftsgebäuden
 - Größenbeschränkung aller Biogasanlagen, keine Industrialisierung der Bioenergiewirtschaft
 - Förderung regionaler Kreisläufe in Produktion und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen
 - keine Standgebühren für landwirtschaftliche Direktvermarkter und Biobetriebe auf allen Wochenmärkten
 - Förderung von Kooperationen zwischen Landwirt*innen und Schulküchen sowie Krankenhäusern, regionalen Verarbeitern (Bäckereien und Schlachtereien) und anderen örtlichen Initiativen wie Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften oder „Foodcoops“
 - Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen auf die Art der Bewirtschaftung Einfluss nehmen, indem sie diese Kriterien bei der Abfassung von Verträgen einbeziehen.
 - Bei Raumordnungs- und Flächennutzungsplänen wollen wir aktiv an einer umwelt- und sozialverträglichen Landwirtschaft mitwirken, sowohl bei einer artgerechten Tierhaltung als auch dem umweltschonenden Pflanzenbau.
- 1150

1155

Konsequenter Naturschutz mit LINKS

1160

Naturnahe Lebensräume für Wildtiere zu erhalten, Artenschutz, Pflanzenvielfalt und der Erhalt und Ausbau von Naturschutzgebieten sind nicht nur Herzenssache, sie sind wichtig für uns alle.

1165

Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der EU von 1992 (FFH) gibt Regeln für den Naturschutz vor. Der Landkreis Göttingen als untere Naturschutzbehörde ist bei der Umsetzung der Mindestanforderungen dieser Richtlinie im Verzug, genau wie viele andere Landkreise in Niedersachsen. Nach Ansicht der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und der Partei DIE LINKE wird zu viel Rücksicht auf die Naturnutzer (Waldbesitzer, Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Jägerschaft) genommen, wenn es darum geht, den Naturschutz zu verbessern. Darum konnte zum Beispiel das FFH-Gebiet Schwülme und Auschnippe in Adelebsen nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.

1170

Um die gesetzlichen Vorgaben zum Naturschutz zu erfüllen, schließt der Landkreis Verträge zum Naturschutz mit Naturschutzverbänden und Privatpersonen, insbesondere Landwirten ab. Das halten wir für richtig. Der Erhalt von Huttewäldern und die Pflege von Magerrasen wurden auf diese Weise erreicht. Der Landkreis Göttingen betreibt mehrere weitere Projekte zur Entwicklung bzw. Wiederherstellung naturnaher Lebensräume.

1175

Wir lehnen die gesetzliche Gleichstellung der Landesjägerschaft und des Landessportfischerverbandes mit den Naturschutzverbänden ab. Die Interessenverbände der Jäger und Angler verfolgen den Naturschutz nicht als Hauptzweck. Auch die Monopolstellung der Landesjägerschaft im Bereich der Jagd lehnen wir ab. Wälder sind auch deswegen in einem kritischen Zustand, weil Jäger gern überhöhte Wildbestände haben, die sie bejagen können.

1180

Wir fordern

1185

- Die FFH-Richtlinie der EU konsequent umzusetzen. Die Entwicklung von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten und Vogelschutzgebieten wollen wir weiter voran treiben und neue Naturschutzgebiete einrichten.

1190

- Der Vertragsnaturschutz soll weiter ausgebaut werden.
- Alternative Jagdverbände, wie zum Beispiel der Ökologische Jagdverband sollen bei der Verpachtung von Jagden und der Position des Kreisjägermeisters der Landesjägerschaft gleich gestellt werden.

1195

- Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wollen wir konsequent umsetzen und die Gewässer in einen guten ökologischen und biologischen Zustand versetzen.

1200

- Zum Schutz des Privatwaldes setzen wir uns für ein Programm ein, das dem LÖWE Programm (Langfristige Ökologische Wald Entwicklung) im Landeswald vergleichbar ist.
- Die Wildbestände wollen wir wieder ihrem Lebensraum anpassen. So können sich standorttypische Waldgesellschaften mit einer vielfältigen ursprünglichen Pflanzen- und Tierwelt entwickeln. Die Jagd muss sich diesem Ziel unterordnen. Darüber hinaus unterstützen wir die Wiederansiedlung von früher bei uns lebenden Beutegreifern wie Luchsen und Wölfen, die die Wildbestände auf natürliche Weise reduzieren.
- Wir fordern die weitere Renaturierung des Leineverlaufs

- 1205 • Wir wollen Umweltbildung stärker in Kitas, Schulen und Volkshochschulen verankern.

Bildungspolitik in der Kommune

1210

*Bildung ist für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens. Hier sollen die Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Ihrem Geschlecht und ihrer Religion oder Weltanschauung mit gegenseitigem Respekt und Solidarität an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben.*

1215

1220 Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben. Daher sind wir überzeugt davon, dass allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und standortnah zugänglich gemacht werden muss. Unsere Forderung in der letzten Wahlperiode auf Einrichtung einer dritten Integrierten Gesamtschule in der Stadt Göttingen ist mit Beginn des Schuljahres 2015/16 realisiert worden. Mit der Einrichtung der 3. IGS sind gleichzeitig die Haupt- und Realschulen im Stadtgebiet Göttingen abgeschafft worden. Aufgrund dieser Entscheidung ist es wichtig auf die Schülerzahlen zu achten, die durch den Zuzug von Flüchtlingen ansteigen werden. Diese Schüler*innen können nicht in den bestehenden Integrierten Gesamtschulen aufgefangen werden, weil die Klassenfrequenzen (Anzahl der Schüler*innen pro Klasse) bis zur Obergrenze ausgelastet sind. Ob die Gymnasien bereit sind, diese Schüler*innen aufzunehmen ist fraglich. Deshalb werden wir uns bei steigendem Bedarf an Schülerplätzen für die

1225

1230 Einrichtung einer vierten Integrierten Gesamtschule einsetzen.

1235 Im Landkreis Göttingen besteht der Bedarf an Integrierten Gesamtschulen weiterhin. Im Altkreis Münden werden wir uns im Sinne vieler Eltern für die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule in Dransfeld und Hann. Münden, auch gegen den Widerstand der bestehenden Schulen, einsetzen. In Gieboldehausen benötigt die KGS eine eigene Sekundarstufe II und es ist über eine Umwandlung von der KGS zur IGS nachzudenken. Im Kreis Osterode arbeitet die KGS Bad Lauterberg seit mehreren Jahrzehnten sehr erfolgreich. Über weitere Gesamtschulen in diesem Kreis muss ebenfalls nachgedacht werden. Durch die Zusammenlegung der Kreise

1240

1245 Göttingen und Osterode sind neue Bedingungen, z.B. veränderte Einzugsbereiche, entstanden und über die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen muss mit den betroffenen Eltern gesprochen werden.

1245 Einen gesonderten Blick verdienen die Berufsschulen. Die technischen Ausstattungen der Berufsschulklassen sind miserabel. So werden Elektroniker*innen an veralteten Systemen ausgebildet oder Feinwerkmechaniker*innen absolvieren ihre Abschlussprüfung an Maschinen, die verschleißbedingt nur ein Zehntel der geforderten Genauigkeit liefern. Dazu kommt die Situation der personellen Ausstattung der Berufsschulen. Die Lehrer*innen sind wegen Personalmangels permanent überlastet, Vertretungen bei Krankheit sind selten. Folglich können die Lehrpläne nicht eingehalten werden. So senden viele Göttinger Industriebetriebe ihre Auszubildenden für den schulischen Teil der Ausbildung nicht mehr in Göttinger Schulen. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Kampagne der IG-Metall-Jugend Niedersachsen „BBS ohne Stress“, die sich gegen diese prekären Schulverhältnisse

1250

1255 richtet. Wir fordern, dass die finanzielle Ausstattung der Berufsschulen verbessert

wird!

Wir fordern

- 1260
- In der Primarstufe muss auf Wunsch der Eltern ein kostenfreies Hortangebot geschaffen werden.
 - An allen Schulen muss eine bedarfsorientierte Anzahl von Schulsozialarbeiter*innen und Sprachlehrer*innen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen eingestellt werden.
- 1265
- Durch den großen Zuzug von Flüchtlingen müssen die Schulen räumlich besser ausgestattet werden, um differenziertes Arbeiten zu ermöglichen.
 - Es muss ein Sachmittelfond für finanziell benachteiligte Familien vorhanden sein, aus dem die zusätzlichen Schulausgaben bestritten werden können. Solange es die Hartz-IV-Gesetze mit ihren vollkommen unzureichenden Regelsätzen noch
- 1270
- gibt, benötigen Familien, die knapp über der Bemessungsgrenze liegen Hilfe, um Kopierkosten, Schultaschen, Turnschuhe, Kosten für Schulfahrten usw. bezahlen zu können.
 - Die Schülerbeförderung muss auch nach der Sekundarstufe I kostenfrei sein.
 - Das Angebot an Ganztagschulen muss ausgebaut werden, in denen der
- 1275
- Unterricht sinnvoll über den Tag so verteilt wird, so dass auch Hausaufgaben in der Schule gemacht werden können. Freizeit wird erst dann zur richtigen Freizeit.
 - Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung soll zur Regel werden (Inklusiver Unterricht). Dazu wird eine personelle, räumliche und zeitliche
- 1280
- Ausstattung benötigt, um dem individuellen Förderbedarf der Kinder uneingeschränkt gerecht werden zu können. Schule für alle.
 - Ganztagschulen bieten eine kostenfreie warme Mittagsverpflegung an.
 - Durch die ständige Erweiterung der Verwaltungsaufgaben an Schulen
- 1285
- (Übertragung von der Landesschulbehörde auf die Schulen) müssen Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, deren Kosten das Land Niedersachsen den Kommunen erstatten muss.

Wir vertreten den Grundsatz, dass Bildung von der Kita bis zur Weiterbildung kostenfrei sein muss.

- 1290
- Die Sanierung von Schulgebäuden muss auch weiterhin vorrangig behandelt werden, die Schulwege müssen schülerfreundlich ausgestattet sein durch Tempo-30-Zonen, Fußgängerüberwege und klar erkennbare Radfahrspuren. Ebenso müssen die Beschäftigungsbedingungen stimmen: Wir lehnen die Beschäftigung von reinen
- 1295
- Betreuungskräften ab, die zwar pädagogische Arbeit leisten, nicht aber entsprechend bezahlt werden. Die Eigenbudgetierung von Schulen hat meist dazu geführt, dass Verwaltungsaufgaben durch pädagogisches Personal erledigt werden müssen, weil entsprechende Verwaltungsstellen nicht zur Verfügung stehen. Hier sind die Kommunen und das Land in der Pflicht, ausreichend Personal für
- 1300
- Schulassistent*innen, Verwaltungskräfte und Hausmeister*innen bereitzustellen. Wir vertreten den Grundsatz, dass Bildung von der KITA bis zur Weiterbildung kostenfrei sein muss. In den Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen ausreichend gefördert werden und auch hier keine unwürdigen Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Ebenso
- 1305
- müssen örtliche Bibliotheken und Kultureinrichtungen gestärkt werden und allen Bevölkerungsteilen, unabhängig vom Einkommen zugänglich sein.

Inklusion – Integration für alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt, im Kreis und seinen Gemeinden.

1310

Schon 2006 wurde die UN-Behinderten-Konvention für Inklusion, Menschenrechte und Chancengleichheit verabschiedet. 2010 wurde das Abkommen von der Bundesregierung unterzeichnet. Damit sind auch alle Bundesländer und Kommunen verpflichtet die Inhalte umzusetzen. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Inklusion heißt die gesellschaftliche Teilhabe aller, jedes einzelnen Menschen, zu ermöglichen. Dabei ist es egal, welche Fähigkeiten, Hautfarbe, Religion und welchen kulturellen Hintergrund der Einzelne hat. Dies fordert im Kern schon unser Grundgesetz seit seinem Bestehen und sollte nun endlich umgesetzt werden. Wir wollen gezielte Maßnahmen, damit endlich ihr Recht auf

1315

gleichberechtigte Bildung und Teilhabe durch die Gesellschaft gewährleistet wird. Inklusion betrifft alle Lebensbereiche und darf nicht auf nur wenige reduziert werden. Ebenso gilt gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen von der Geburt bis zum Tod.

1320

1325

Diese große Aufgabe erfordert eine Veränderung in der Politik auf allen Ebenen (Bund/Land/ Kommune). Der Mensch und seine Bedürfnisse müssen in den Mittelpunkt von Planungen und Beschlüssen treten. Alt hergebrachte Denkmuster, Formalismen, Prinzipien und Barrieren müssen überwunden werden, um die Voraussetzungen für Chancengleichheit und ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen. Um dem Inklusionsanspruch immer mehr zum Durchbruch zu verhelfen, bedarf es anderer Voraussetzungen, um bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, Wohnungslose, arme Menschen teilhaben zu lassen.

1330

1335

Die Stadt Göttingen und der Landkreis müssen endlich eine Gesamtplanung zur Inklusion für den Bildungsbereich erarbeiten. Alle Schulformen und Schulen müssen in die Lage versetzt und verpflichtet werden eine inklusive Bildung und Erziehung zu leisten. Wir beziehen bei unseren Vorstellungen über Integration und Inklusion insbesondere auch die Lebenssituation und -gestaltung von alten, pflegebedürftigen und kranken Menschen mit ein.

1340

Zu selbstbestimmtem Handeln und zur Chancengleichheit gehört für uns auch das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, und auf Arbeit – die den Lebensunterhalt ohne öffentliche Hilfeleistungen deckt. Die zunehmende Armut in allen Altersgruppen ist ein gesellschaftlicher Skandal und wird von uns auch in den Räten und im Kreistag immer wieder thematisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Vereine und Verbände, die schon jetzt oder auch zukünftig gezielt inklusive Aufgaben übernehmen, von der Kommune erkennbar und ausreichend gefördert und unterstützt werden. Dafür müssen auch die notwendigen finanziellen Mittel vorgehalten werden. Inklusion ist weder zum Nulltarif zu bekommen noch durch alleinige ehrenamtliche Arbeit zu bewerkstelligen.

1345

1350

Göttingen, die Universität und die Studierenden

1355

Die Universität und die vielen Studierenden prägen unsere Stadt und den Landkreis in besonderer Weise. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt muss nicht nur für Studierende verbessert werden. Wir brauchen keine Kriegsforschung.

1360 Die Universität Göttingen ist der größte Betrieb in der Stadt mit mehr als 15000
Beschäftigten an der Universität, davon ca. 7700 Beschäftigte im Klinikum. Dazu
1365 kommt noch das Studentenwerk mit rund 400 Mitarbeiter*innen. Eingeschrieben sind
mehr als 27.000 Studierende, davon 12% international, es gibt also viele
ausländische Gemeinschaften. Dabei ist der Anteil ausländischer Studierender über
die letzten sieben Jahre kontinuierlich gewachsen. Sie machen einen großen Teil
des internationalen Flairs von Göttingen aus. Die Stadt sollte diese Entwicklung
weiter unterstützen.

1370 Mit mehr als einer Milliarde € Umsatz ist die Universität ein überragender
Wirtschaftsfaktor für Göttingen. Hier muss die Stadt deutlich mehr Engagement
zeigen, um dieser Bedeutung gerecht zu werden. Für die Zuweisung von
Steuermitteln an die Stadt sind die Einwohnerzahlen entscheidend. Dabei ist wichtig,
1375 dass die Studierenden hier mit Erstwohnsitz gemeldet sind (nebenbei: Studierende
mit Erstwohnsitz können an der Kommunalwahl teilnehmen). Dafür muss die
Anmeldung des Erstwohnsitzes für Studierende noch attraktiver und einfacher
gemacht werden.

1380 Die Wohnraumeigentümer in Göttingen nutzen die hohen Studierendenzahlen bei
Mietforderungen aus. In den Wohnquartieren, die von Studierenden bevorzugt
werden, sind die Durchschnittsmieten am höchsten. Damit werden die Mieten
insgesamt in Göttingen teurer. Göttingen ist bereits eins der teuersten Pflaster in
Niedersachsen.

1385 Die Uni hat eine Zivilklausel beschlossen, die Forschung und Entwicklung für Kriegs-
und Rüstungsprojekte ausschließt. Dennoch gibt es Rüstungsforschung an der Uni –
die aber nicht an den Pranger gestellt wird. Auch hier kann die Stadt aktiv werden, in
dem sie die Zivilklausel der Uni übernimmt und auf das Stadtgebiet anwendet.

Wir fordern

- 1390 • die Übernahme der Zivilklausel der Universität und die Anwendung auf das
Stadtgebiet.
- Keine Forschung, Entwicklung oder Produktion für Rüstung/Krieg in Göttingen.
Verstöße gegen die Zivilklausel werden öffentlich gemacht.
- die Schaffung eines Jobtickets auch für die Beschäftigten der Universität,
- 1395 • die Erhebung eines halbjährlichen quartiersbezogenen Mietspiegels und seine
Veröffentlichung,
- die Entsendung einer hauptamtlichen Vertreter*in der Stadt in den Stiftungsrat der
Universität Göttingen und des Studentenwerks,
- die Einrichtung von Verwaltungsstellen in der Zentralmensa und am Nordcampus,
1400 die Meldeangelegenheiten bearbeiten können und Hilfe leisten für ausländische
Studierende u.a. bei Wohnungssuche, Sprachkursen und Übersetzungen,
- die Schaffung von sozialem Wohnraum und öffentlich verwalteten
Studentenwohnungen,
- eine weiter verbesserte Abstimmung der Fahrtzeiten des Busnetzes mit den
Arbeits- und Vorlesungszeiten von Uni und Klinikum,
- 1405 • eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Studium/Beruf durch den Auf- und
Ausbau von universitätsnahen Kinderbetreuungsmöglichkeiten,
- den Aufbau eines öffentlichen WLAN-Netzes in Göttingen in Kooperation mit den
Freifunkern des Chaos Computer Clubs nicht nur für Studierende, sondern für

1410 alle Göttinger Bürger*innen, damit sie unabhängig von einem Provider die Möglichkeiten des Internets nutzen können.

Kultur für Alle!

1415 *Erhalt und Ausbau der vielfältigen und lebendigen Kulturszene und gezielte Förderung kleinerer, freier Kultureinrichtungen und Initiativen.*

1420 Weil große Teile der kommunalen Kulturpolitik als freiwillige Leistungen betrachtet werden, wird hier in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage oder wie in Göttingen unter dem Diktat des Entschuldungshilfeprogramms am schnellsten gekürzt. Ansätze werden eingefroren oder die Förderung wird ganz eingestellt. Während sowohl die Stadt Göttingen als auch der Landkreis mit großen Kulturprojekten, wie dem Deutschen Theater, dem Symphonieorchester und den Händelfestspielen längerfristige Verträge abschließen, um Ihnen Planungssicherheit zu ermöglichen, 1425 müssen die vielen kleinen Kulturinitiativen, die sowieso schon stark durch ehrenamtliches Engagement getragen werden, Jahr für Jahr um ihre Zuschüsse bangen. Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE erkennen die Existenzberechtigung der großen und etablierten Kultureinrichtungen durchaus an, wir möchten aber für die Zukunft ein gleichberechtigtes Nebeneinander 1430 und eine ausgewogenere Förderung aller kulturellen Initiativen in unserer Stadt und dem Landkreis erreichen.

1435 Deshalb stehen wir der Realisierung eines weiteren kulturellen Großprojekts, dem sogenannten Kunstquartier ablehnend gegenüber. Schon jetzt sollen Steuergelder in Millionenhöhe von Bund und Stadt in die baulichen Maßnahmen investiert werden. Die bisher nur geschätzten jährlichen Folgekosten für das Stadtsäckel werden mit fast 400.000 Euro prognostiziert. Zu wessen Lasten sich diese Kosten auswirken werden, kann sich bei dem "gedeckelten" städtischen Haushalt jeder schnell ausrechnen.

1440 Für uns ist unverantwortlich neben der Großbaustelle Städtisches Museum, dessen Sanierung wir befürworten, dessen Sanierungsbedarf aber noch nicht vollends abzusehen ist, ein gesamtes Quartier nach den Vorstellungen eines privaten Mäzens mit erheblichen öffentlichen Geldern in Angriff zu nehmen.

1445 Neben einer Existenz sichernden finanziellen Förderung, zeigt sich aber auch immer mehr der Bedarf an bezahlbaren räumlichen Möglichkeiten für die zahlreichen kulturell engagierten Gruppen. Übungs- und Probenräume fehlen in größerer Anzahl, wie eine Umfrage in 2013 gezeigt hat. Leider hat sich die Stadt gegen den 1450 Widerstand der Göttinger Linken durch den Verkauf weiterer städtischer Gebäude selbst Möglichkeiten verbaut, Abhilfe zu schaffen. Selbst kommerziell betriebene Musikkneipen und Kleinkunsttreffs wie das Blue Note und das Exil mussten zwischenzeitlich schließen, weil sie die übersteuerten Mietkosten nicht mehr tragen konnten. Um einem weiteren Sterben kleinerer Kultureinrichtungen einen Riegel 1455 vorzuschieben und insbesondere kulturellen Aktionen, die von den Bürger*innen selbst gestaltet werden, also über das reine Konsumieren hinausgehen, die notwendigen Spielräume zu schaffen oder zu erhalten, setzen wir uns dafür ein

- die Vielfältigkeit und Verschiedenartigkeit der Träger kultureller Aktivitäten zu

- 1460 erhalten und auszubauen,
- deutliche Akzente durch Stadtteil bezogene Förderung von Kulturarbeit zu setzen,
 - Planungssicherheit durch vertragliche Bindungen zumindest für eine Wahlperiode für Einrichtungen wie das KAZ, Musa, Apex, Lumiere, Nörgelbuff etc. zu schaffen,
 - gezielte Förderung und Entwicklung von interkulturellen Konzepten und Projekten in Angriff zu nehmen,
- 1465
- ein Kulturticket zum kostengünstigen oder freien Besuch von öffentlich geförderten Kultureinrichtungen für Geringverdiener*innen aufzulegen.

1470 Kulturelle Teilhabe hat für uns den Rang eines Menschenrechtes. Sie steht allen Menschen unabhängig von Status, Einkommen, Geschlecht, Alter und Ethnie zu. Kulturpolitik die die gemeinsame Teilhabe ohne Ausgrenzung ermöglicht, fördert somit nicht nur die persönliche und individuelle Entfaltung, sondern leistet auch ihren Beitrag für den Zustand einer demokratischen Gesellschaft.

1475

Antifaschismus: Keinen Fußbreit den Faschist*innen und Rassist*innen!

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller.

1480

Auch in und um Göttingen erstarben neofaschistische Gruppierungen. Rechtsgerichtete Parteien wie die AFD oder NPD versuchen Fuß zu fassen. Rassismus verletzt die Würde der betroffenen Menschen und verhindert Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte oder Geflüchtete zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Einer Diskriminierung dieser Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie

1485

1490 Religionsausübung und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen der rassistischen Organisationen gegen Moscheen oder Unterkünfte von Geflüchteten. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen,

1495

die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

Wir fordern deshalb:

- Aktive antifaschistische Aufklärung an den Schulen.
- 1500
- Unterstützung und Förderung der Arbeit der aktiven antifaschistischen und antirassistischen Initiativen.
 - Pflege, Erhalt und Förderung regionaler Gedenkorte der Opfer des faschistischen Terrors, insbesondere auch der ermordeten Bürger*innen jüdischer Herkunft und Glaubens und der ermordeten Sinti und Roma.
- 1505
- Öffentliche Diskussion der Übergriffe und Aktivitäten neofaschistischer Kreise und eine klare Zurückweisung von antisemitischen und anderen rassistischen Aktivitäten, Äußerungen und Stimmungen.
 - Keine öffentlichen Räume für rechtsextremistische Parteien, Vereine und Gruppierungen.
- 1510
- Konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten.

- Regelmäßige Unterrichtung im Stadtrat über rechtsextremistisch motivierte Vorfälle und Straftaten.
- Die Zwangsarbeiter-Ausstellung in der BBS 2 muss unbedingt erhalten und weiter finanziert werden, dazu soll eine bezahlte Stelle geschaffen werden.

1515

Die AFD und andere rassistische Parteien

1520 Wiederholt haben rechtspopulistische Parteien in diesem Jahr bei Kommunal- und Landtagswahlen sogar 2-stellige Prozentzahlen erreicht. Natürlich erfüllt uns dies mit großer Sorge. Durch Rassismus und Ausgrenzung werden die Interessen der Mehrheit nicht gestärkt. Ganz im Gegenteil: Menschen, die als Geflüchtete aus anderen Ländern hierher kommen, werden, indem sie entrechtet und drangsaliert werden, in Niedriglohnverhältnisse gedrängt. Sie können erst dadurch besonders für Lohndumping instrumentalisiert werden, von dem dann alle betroffen sind. Daher halten wir die „Lösungen“, die Parteien wie z. B. die AfD anbieten, nicht nur für menschenverachtend, sondern glauben, dass sie für alle Bürger*innen von Nachteil sind.

1530 Wir möchten aber genau hinhören: Die Forschungsgruppe Wahlen teilte im März dieses Jahres mit, dass ein großer Anteil der Stimmen für die AfD durch die Wähler*innen als „Denkzettel“ für die anderen Parteien gemeint war. Es wird ja immer wieder behauptet, dass die Flüchtlinge so viel Geld kosten würden. Viele Menschen haben das Gefühl, dass unser Gemeinwesen keine Kraft mehr für weitere Solidarität hätte. Tatsächlich wurde den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen in Deutschland schon seit vielen Jahren sehr viel „Solidarität“ abverlangt. Aber nicht für Menschen, die in unseren Augen Unterstützung brauchen, sondern ausgerechnet mit den Stärksten! Die Mehrheit der Bürger*innen und Bürger hat die gewaltigen Steuergeschenke für die Reichen und Superreichen in dreistelliger Milliarden-Euro-Höhe finanziert: Sie wurden und werden durch Senkung des Spitzensteuersatzes, immer noch ausgesetzte Vermögenssteuer, per Gesetz auf rund ein Viertel gesenkte Steuer für Großkonzerne (Körperschaftssteuer) und spezielle Abschreibungs- und Steuersenkungsmodelle großzügig entlastet, während alle anderen immer höhere Steuern und Abgaben zahlen.

1540 Wir wollen, dass Sie weniger kommunale Steuern, Abgaben, Gebühren und niedrigere Eintrittspreise zahlen, wobei die öffentlichen Leistungen sogar besser werden müssen. Lesen Sie hierzu gerne den Punkt „Kommunale Finanzen“ in diesem Programm.

1545

Frieden und Internationale Solidarität

1550 Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und die Partei DIE LINKE stehen für eine konsequente Friedenspolitik. Es gibt keine militärische Alternative zu ziviler Konfliktbearbeitung. Im Rahmen der Wähler*innengemeinschaft setzen wir uns auch auf kommunaler Ebene dafür ein. Wir unterstützen die geplante Städtepartnerschaft mit der kurdischen Stadt Qamishlo in Nordsyrien und damit das Recht der Kurd*innen auf Selbstbestimmung und Sicherheit. Die Patenschaft für La Paz Centro in Nicaragua sollte in eine reguläre Städtepartnerschaft umgewandelt werden. Wir wollen nicht, dass Göttingen und seine Universität zur Rüstungsproduktion beitragen, darum sind wir für eine Zivilklausel an der Universität, die jegliche Rüstungsforschung untersagt. Göttingen soll eine der vielen „Friedensstädte“ werden. Es liegt auch in unserer Verantwortung, ob friedliche oder kriegsorientierte Forschung und Produktion bei uns stattfinden. Wir wollen, dass die Produktion des

1560

1565 Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) auf zivile Güter umgestellt wird. Im Rahmen der Friedensarbeit halten wir es für falsch, dass die Bundeswehr im Rahmen von Ausbildungsmessen oder Informationsveranstaltungen an Schulen Jugendliche für den Militärdienst anwerben darf. Unser Ziel ist eine Stadt ohne Rüstungsproduktion.

Kommunale Flüchtlings- und Migrationspolitik

1570 *Wir wenden uns gegen die Abschiebepolitik und sind für ein Bleiberecht für alle Geflüchteten. In der Stadt und im Landkreis Göttingen sind viele Verbesserungen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten notwendig und möglich.*

1575 Göttingen als Universitätsstadt bezeichnet sich gern als weltoffene Stadt. Traditionell leben, studieren, arbeiten hier Menschen aus allen Teilen der Welt. Circa 12 Prozent der Bürger*innen in unserer Stadt hatten bisher schon einen Migrationshintergrund. Durch den seit zwei Jahren vermehrten Zuzug von Menschen aus den Bürgerkriegs- und Elendsregionen dieser Welt hat sich die Zahl der bei uns wohnenden Menschen mit ausländischen Wurzeln auf einen Anteil von 13 Prozent der städtischen Bevölkerung erhöht und wird möglicherweise auch noch die 14-Prozentmarke erreichen. (Angaben nach städtischer Statistik). Die Industrienationen tragen aufgrund ihrer kolonialistischen Vergangenheit, ihrer Militärinterventionen und Waffenlieferungen die wesentliche Verantwortung für die derzeitige Situation. Eine völlig ungerechte Weltwirtschaftsordnung verbaut zudem beispielsweise dem afrikanischen Kontinent jegliche Chancen auf eine Verbesserung der Lebensumstände seiner Bevölkerung.

1590 Wir als Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und Partei DIE LINKE sehen in den geflohenen Menschen deshalb nicht vorrangig eine Belastung für unsere Stadt, sondern eine Verpflichtung zur Aufnahme. Die zu uns gekommenen geflohenen Menschen können und werden eine Bereicherung im Zusammenleben sein. Deshalb sind wir froh über die vielen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die sich uneigennützig und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Sie leisten für die vor politischer Verfolgung, Krieg oder anderen unerträglichen Lebensumständen geflohenen Menschen konkrete, kaum zu ermessende Hilfe und Unterstützung. Sie versuchen die alltägliche Diskriminierung, eingeschränkte Chancen, z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, eingeschränkter Rechte von Asylsuchenden z.B. durch die Residenzpflicht, die Wiedereinführung des Sachleistungsprinzips, die Schlechterstellung in der Gesundheitsversorgung mit ihren Mitteln zu mildern und teilweise zu kompensieren. Dafür sagen wir Danke!

1605 Menschen, die vor Bomben und Terror, vor Hunger und Elend fliehen, sind keine „Militärdienstflüchtlinge“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“, wie man es neben den Hetzparolen der AFD vermehrt auch aus dem Munde von CDU/CSU-Politikern hört. Und die SPD spielt trotz gelegentlicher moralischer Empörung diesen Kräften mit der immer weiteren Aushöhlung der letzten Reste des Asylgesetzes in die Hände. Eine solche Politik gießt Wasser auf die Mühlen von Rassisten und Brandstiftern.

1610 Wir werden uns nicht daran beteiligen, geflohene Menschen in „nützliche und unbrauchbare“ einzuteilen, wie wir insgesamt uns gegen jeden Versuch wenden, verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Gegen die

1615 politischen Entscheidungen in Berlin, aus einem ehemaligen Asylgesetz ein totales
Anti-Asylgesetz zu machen, gegen die immer neuen Ausweisungen sogenannter
sicherer Herkunftsländer hilft der engagierteste zivilgesellschaftliche Einsatz nicht
mehr. Hier bedarf es politischer Gegenwehr. Wie auch die wirklichen Fluchtursachen
1620 nur durch politische Veränderungen und internationale Solidarität erreicht werden
können. Neben der grundsätzlichen Forderung, den Kommunen die finanziellen
Folgen der Unterbringung und Integration der geflohenen Menschen im vollen
Umfang durch Bundesmittel zu erstatten fordern wir:

- 1625 • Weiterhin am Konzept einer dezentralen Unterbringung festzuhalten und
Sammelunterkünfte nur als Zwischenlösung anzusehen. Die Belegung von
Turnhallen, Notunterkünften, Hotels oder gar Zelten darf kein Dauerzustand
werden.
- Die Verweildauer in den Erstaufnahmelagern so kurz wie möglich zu gestalten
und nicht die durch die Asylrechtsverschärfung nun möglichen 6 Monate voll
auszuschöpfen. Kindern muss umgehend der Besuch einer Kita und der Schule
ermöglicht werden.
- 1630 • Jugendlichen müssen baldmöglichst Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten
verschafft werden.
- Die Schaffung der Stelle einer/s Antidiskriminierungsbeauftragten und die
Ausweitung und Stärkung der Rechte des Integrationsrates als Selbstvertretung
der Migrant*innen
- 1635 • Aktiv gegen Wohnraumzweckentfremdung z.B. durch bewussten Leerstand und
zu Spekulationszwecken vorzugehen. Dabei ist bei Uneinsichtigkeit auch von
einer zwangsweisen Belegung Gebrauch zu machen.
- Den dringenden Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- 1640 • Standards bei der Unterbringung müssen eingehalten werden. Es sollten nicht
mehr als vier bis sechs Personen in einer Wohneinheit untergebracht sein.
Küchen und sanitäre Anlagen sollten in genügender und hygienisch einwandfreier
Zahl zur Verfügung stehen.
- An den Gemeinschaftsunterkünften sind individuelle Postfächer und Klingeln
anzubringen.
- 1645 • Die zentrale Kleiderkammer der Stadt soll die Stadtteil-Kleiderkammern
ergänzen, aber nicht ersetzen. Der Zugang zu ihnen soll allen Hilfebedürftigen
offenstehen unabhängig von Nationalität und Flüchtlingsstatus.
- Flüchtlingsunterbringung darf kein Geschäftsfeld sein. Daher sollen die
Einrichtungen möglichst in öffentlicher Hand bleiben oder non-profit-
1650 Betreiber*innen beauftragt werden. Die Standorte für die zwischenzeitlichen
Sammelunterkünfte müssen ausgewogen ausgewählt werden. Keine übermäßige
Verteilung auf Weststadt oder Grone, sondern eine gleichmäßige Verteilung im
ganzen Stadtgebiet ist anzustreben.
- Schon in den Sammeleinrichtungen sollen von Beginn an für alle Ankommenden
1655 Deutschkurse und Bildungsangebote ermöglicht werden.
- Für die Wohneinheiten muss zwingend hauptamtliches Personal eingestellt
werden. Wir halten eine Relation von einer hauptamtlichen Stelle auf 50
Bewohner*innen für erforderlich
- 1660 • Initiativen, die ehrenamtliche Betreuungsarbeit leisten, sind in Diskussions- und
Entscheidungsprozesse gleichberechtigt mit einzubeziehen. Ihnen sind
Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und sie sollten eine
Aufwandsentschädigung für ihren Einsatz erhalten.

- 1665 • Verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund in städtischen Betrieben und Einrichtungen beschäftigen, insbesondere in Bildungseinrichtungen, als Erzieher*innen, Pädagog*innen etc.
- Grundschulen und Kitas in Stadtteilen mit hohem Anteil von Schüler*innen mit Migrationshintergrund besonders durch eine bessere personelle Ausstattung zu fördern.
- 1670 • Den Zugang von Migrant*innen zu Beratungseinrichtungen und Bildungseinrichtungen zu erleichtern und Dolmetscherdienste ausbauen.
- Der Diskriminierung in Form von Gutscheinen statt Bargeld, eingeschränktem Zugang zur Gesundheitsversorgung entgegenwirken
- Allen im Stadt- und Kreisgebiet wohnenden Flüchtlingen muss der kostenlose Zugang zum Internet (Freifunk) ermöglicht werden.

1675 Wir treten für ein Bleiberecht für alle ein. Wir erklären uns solidarisch mit den politischen Kämpfen der Geflüchteten für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Selbstbestimmung. Wir treten dafür ein, gerade auch in der Kommune alle vorhandenen Möglichkeiten und Spielräume zur Verhinderung von Abschiebungen zu nutzen. Es darf insbesondere auch keine Abschiebungen langjährig hier lebender bzw. hier geborener Menschen geben. Wir unterstützen ausdrücklich die verschiedensten Formen zivilgesellschaftlicher Hilfen und Aktivitäten. Dazu gehören auch selbstverwaltete Initiativen wie OM 10, die sich im besetzten DGB-Haus engagieren. Sie haben wie alle anderen ehrenamtlich Tätigen Anspruch auf

1680 öffentliche Anerkennung, Unterstützung und hier speziell auch auf Bestandsschutz.

1685